



Leistungsbericht 2006/07

FIR

Der
Rechnungshof



Rechnungshof, 1030 Wien, Dampfschiffstraße 2

Telefon: (00 43 1) 71171 8450

Fax: (00 43 1) 712 49 17

E-Mail: presse@rechnungshof.gv.at

<http://www.rechnungshof.gv.at>

INHALT

Vorwort	5
Auftrag und Ziele	7
Leistungsspektrum	7
Leitbild und Strategiekonzept	8
Strategie für Bund und Länder	8
Strategie für Gemeinden	9
Nachhaltigkeit	9
Wissensbilanz	9
Mittelfristige Planung 2008 bis 2010	10
Kennzahlensystem	10
Organisation	11
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	11
Personalentwicklung	11
Personalausgaben und Gesamtausgaben	12
Qualitäts- und Qualifikationsoffensive	13
Wissensgemeinschaften	13
Besucherinnen und Besucher	14
Ideen zur Generalsanierung des Rechnungshofgebäudes	14
Budget	15
Prüfungs- und Beratungserfolge	16
Medienpräsenz	16
Kernaufgabe Prüfung und Beratung	17
Prüfungsprogramm	17
Prüfungsleistungen	17

Beratungsleistungen	20
Besondere Aufgaben des Rechnungshofes	23
Bundesrechnungsabschluss	23
Mitwirkung bei der Begründung von Finanzschulden	24
Einkommensbericht	24
Einkommenserhebung	25
Parteiengesetz, Bezügebegrenzungsgesetz	25
Rechnungshof und Nationalrat	26
Untersuchungsausschüsse des Nationalrates	26
Unvereinbarkeitsausschuss	27
Parlamentarische Anfragen	27
Symposium „Öffentliche Finanzkontrolle in Österreich“	28
Berichterstattung an den Nationalrat	28
Rechnungshof und Landtage	30
Präsenz in den Landtagen	30
Landeshauptleutekonferenz	31
Berichterstattung	31
Rechnungshof und andere Kontrolleinrichtungen	39
Landeskontrolleinrichtungen	39
Interne Revision	40
Internationale Aktivitäten des Rechnungshofes	41
Kooperationen mit anderen Rechnungshöfen	41
Internationale Kontakte	42
Koordinierte Prüfungen	43
Internationale Prüfungsmandate	43
Memorandum zwischen den Rechnungshöfen der Russischen Föderation und Österreichs	44

Rechnungshof und EU	45
Teilnahme an Prüfungen des Europäischen Rechnungshofes	45
Rechnungshof und EU-Ratspräsidentschaft	45
Kontaktausschuss der Rechnungshöfe der Europäischen Union	46
EU-Finanzbericht	46
Rechnungshof und INTOSAI	48
Generalsekretariat der INTOSAI am Sitz des Rechnungshofes in Wien	48
Strategischer Plan und dessen Umsetzung	48
Tsunami-Initiative	49
19. VN/INTOSAI-Symposium: „Wert und Nutzen der öffentlichen Finanzkontrolle in einem globalisierten Umfeld“	49
Berichterstattung 2006 und erstes Halbjahr 2007	51
Berichterstattung Bund	51
Berichterstattung Länder und Gemeinden	55
Wissensbilanz des Rechnungshofes	61
Aufbau der Wissensbilanz	61
Strategische Wissensziele	63
Wissensmanagement	64
Wissensvermögen	66
Geschäftsprozesse	72
Definition der Kenndaten	75

VORWORT

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die ersten beiden Leistungsberichte haben über die erfolgreiche Neupositionierung, die durchgeführten Projekte und die wesentlichen Innovationen informiert. Der dritte Leistungsbericht 2006/07 befasst sich – der Bestimmung des Rechnungshofes als föderatives Bund, Länder und Gemeinden übergreifendes Organ folgend – ausführlich mit der strategischen Ausrichtung in Bezug auf seine Kernaufgabe, Prüfung und Beratung, sowie mit der Qualitäts- und Qualifikationsoffensive, die der Rechnungshof fortsetzt.



EU-weit und international war der Rechnungshof als Generalsekretariat der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) im Rahmen von Symposien, Arbeitsgruppen und koordinierten, Staaten übergreifenden Prüfungen mit anderen Obersten Rechnungskontrollbehörden aktiv.

Der Leistungsbericht enthält eine Wissensbilanz, welche die Bedeutung des Wissens für den Erfolg des Rechnungshofes unterstreicht. Er ist der erste Rechnungshof der eine Wissensbilanz vorlegt und setzt damit die Reihe seiner Innovationen fort, die er auf der Grundlage seines Strategiekonzepts mit dem Start des MBA Programme Public Auditing, mit den Positionen zu aktuellen Themen wie der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs im ersten Halbjahr 2006 und der Verwaltungsreform sowie der Entwicklung einer Spruchpraxis aus den Kernaussagen verwirklicht hat.

Mit der Wissensbilanz rücken die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche die Kompetenz und den Wert des Rechnungshofes darstellen, und ihre Vernetzung mit in- und ausländischen Partnern in den wohlverdienten Mittelpunkt. Ihnen sei an dieser Stelle gedankt.

Der Rechnungshof ist nun strategisch und – mit seinen Qualitätsstandards, die er unter Berücksichtigung internationaler Entwicklungen aktualisiert – operativ gut aufgestellt. Die Führungskräfte und ihre Teams gewährleisten, dass das Regelwerk des Rechnungshofes in der täglichen Arbeit angewendet und bei Bedarf noch verbessert wird.

Aktuelle Aussprachen mit den Landeshauptleuten und in den Landtagen mit gemeinsamen Pressekonferenzen mit den Präsidenten der Landtage und den Landesrechnungshöfen von Kärnten, Salzburg und der Steiermark, in denen die Strategiekonzepte des Rechnungshofes vorgestellt wurden, sowie die Un-

terstützung der im Nationalrat eingerichteten Untersuchungsausschüsse hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen und der Finanzmarktaufsicht zeichneten die parlamentarische Arbeit des Rechnungshofes als Bund-Länder-Organ aus. Die Anliegen des Rechnungshofes zur Stärkung der demokratischen Kontrolle fanden viel Verständnis und Unterstützung, so auch im Rahmen der Kontrollenquete des Kärntner Landtags und des Symposiums „Öffentliche Finanzkontrolle in Österreich“ im Parlament in Wien.

Auch in Wissenschaft und Lehre wird das Erfordernis einer Gesamtkompetenz des Rechnungshofes für die weit verzweigte Finanzwirtschaft aller Gebietskörperschaften anerkannt und die Schließung der Kontrolllücken zur Sicherung der Einheitlichkeit der Finanzkontrolle gefordert, die überall dort einsetzen soll, wo über öffentliche Mittel verfügt wird. Schließlich haben die Gebietskörperschaften ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht anzustreben und übermäßige Defizite zu vermeiden.

Es entspricht daher der verfassungsrechtlichen Bestimmung des Rechnungshofes, die gesamte Staatswirtschaft zu prüfen, Unternehmungen bereits ab einer Beteiligung der öffentlichen Hand von 25 %, alle Gemeinden unabhängig von der Einwohnerzahl und die Direktförderungen der EU in die externe Finanzkontrolle einzubeziehen, um damit der Verbundenheit der Finanzwirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden Rechnung zu tragen.

Aufbauend auf den Ergebnissen seiner Gebarungüberprüfungen hat der Rechnungshof 206 Vorschläge für eine alle Gebietskörperschaftsebenen umfassende Struktur- und Verwaltungsreform veröffentlicht. Alle Vorschläge in dem Positionspapier „Verwaltungsreform“, 152 für den Bundes- und 54 für den Landesbereich, fußen auf konkreten Prüfungsergebnissen und zeigen Verbesserungs- und Einsparungspotenziale für nahezu alle Bereiche des Verwaltungshandelns auf. Das Positionspapier zeigt aber auch, dass der Rechnungshof seine Prüfkompetenzen in Bund und Ländern ausgewogen wahrnimmt.

Der Rechnungshof dankt den Entscheidungsträgern in Politik, Verwaltung und öffentlicher Wirtschaft für das Verständnis, das er für seine Anliegen zur Stärkung der Finanzkontrolle und bei der Umsetzung seiner Empfehlungen erfahren hat. Besonderer Dank gebührt auch den überprüften Stellen und den Partnern des Rechnungshofes, mit denen er konstruktiv an Verbesserungen gearbeitet hat.

Ich lade Sie hiermit ein, sich von der Leistungsfähigkeit des Rechnungshofes zu überzeugen und würde mich über Anregungen zum Leistungsbericht, aber auch zu unseren Positionen freuen.

Dr. Josef Moser

AUFTRAG UND ZIELE

Die Bundesverfassung hat den Rechnungshof als unabhängiges Organ der externen öffentlichen Finanzkontrolle für Bund, Länder und Gemeinden eingerichtet und dazu berufen, die Staatswirtschaft, das ist die Gebarung öffentlicher Einrichtungen und privater Rechtsträger mit öffentlichen Geldern, zu überprüfen.

Dem Generalauftrag der Bundesverfassung folgend überprüft der Rechnungshof, ob die eingesetzten Ressourcen rechtmäßig sowie sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung aufgebracht und verwendet werden. Sein wichtigstes Ziel ist dabei der bestmögliche Einsatz öffentlicher Mittel und eine Verbesserung der Effizienz und Effektivität im gesamten öffentlichen Bereich.

Leistungsspektrum

Der Rechnungshof erbringt vielfältige Leistungen. Seine Kernaufgabe ist die Prüfung und Beratung, wobei er sich für Innovationen und Reformen sowie als Partner im Netzwerk der Finanzkontrolle einsetzt. Weitere wichtige Leistungen sind die Erstellung des Bundesrechnungsabschlusses, der Einkommensberichte sowie Sonderaufgaben nach dem Unvereinbarkeits- und Parteiengesetz.

Im Vordergrund seiner Tätigkeit steht der Nutzen für die überprüften Stellen, die er auf mögliche Einnahmen und Einsparungen, qualitative Verbesserungen, vermeidbare Nachteile bzw. realisierbare Vorteile hinweist.

Der Rechnungshof arbeitet dabei für die demokratische Kontrolle des Nationalrates und der Landtage, indem er Entscheidungsgrundlagen und Handlungsalternativen sowie fundierte Fakten und Empfehlungen für ihre Beratungen erstellt.

Da die Berichte des Rechnungshofes an den Nationalrat und an die Landtage veröffentlicht werden, profitieren die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar von seiner Tätigkeit, die ihnen Transparenz über die Aufbringung und Verwendung der öffentlichen Mittel verschafft.

Leitbild und Strategiekonzept

Aufgrund der im Jahr 2004 erfolgten Neupositionierung des Rechnungshofes sowie aktueller internationaler und nationaler Entwicklungen hat der Rechnungshof im Jahr 2006 sein neues Leitbild und sein Strategiekonzept finalisiert. Sie wurden unter Einbindung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickelt und formulieren sein Selbstverständnis und seine bestimmenden Werte: Unabhängigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Nachhaltigkeit, Chancengerechtigkeit, Objektivität und Glaubwürdigkeit. Neupositionierung, Strategiekonzept und Leitbild umfassen alle Leistungsbereiche und schaffen gemeinsam eine klare und unverwechselbare Identität als Grundlage für unser Miteinander sowie für den Umgang mit unseren Partnern.



Strategie für Bund und Länder

Auf der Basis seiner Gesamtstrategie hat der Rechnungshof im Jahr 2007 seine strategische Ausrichtung als Bund-Länder-Organ definiert, um seiner besonderen verfassungsrechtlichen Stellung als föderatives, den Bund, die Länder und die Gemeinden übergreifendes Organ gerecht zu werden. Die Verbundenheit der Finanzwirtschaft des Bundes, der Länder und der Gemeinden sowie die gesamtstaatliche Budgetverantwortung verlangen eine übergreifende Betrachtungsweise, die nur der Rechnungshof im Rahmen einer einheitlichen Finanzkontrolle sowie durch national und international vernetzte Prüfungshandlungen sicherstellen kann.



Strategie für Gemeinden



Der Bedeutung der Gemeinden entsprechend hat der Rechnungshof überdies seine strategische Ausrichtung in Bezug auf die Gemeinden neu formuliert: Seine „Strategie Gemeinden“ geht besonders auf den Finanzausgleich zwischen den Gebietskörperschaften und die Verflechtung der Finanzströme von Bund, Ländern und allen Gemeinden, unabhängig von deren Einwohnerzahl, ein. Der Rechnungshof hält es weiterhin für erforderlich, alle Gemeinden in die externe Finanzkontrolle einzubeziehen.

Nachhaltigkeit

Der Rechnungshof hat das Bekenntnis zur Nachhaltigkeit nicht nur in seinem Leitbild verankert. Er bezieht dieses Bekenntnis auf alle Handlungsfelder im Sinn der Österreichischen Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung (abrufbar unter www.nachhaltigkeit.at) und widmet sich bei Prüfung und Beratung konkret gebarungsrelevanten Themenstellungen aus diesen Handlungsfeldern, wobei er – seiner Bestimmung folgend – auf solide öffentliche Finanzen als Grundlage für nachhaltige Entwicklungen hinwirkt. So hat der Rechnungshof im Berichtszeitraum 40 Berichtsbeiträge auf Bundes- und auf Landesebene zu Themenstellungen aus den Handlungsfeldern der nachhaltigen Entwicklung vorgelegt, im Jahr 2006 28 und im ersten Halbjahr 2007 bereits zwölf.

Die Nachhaltigkeit seiner Prüfungstätigkeit verstärkt er durch Follow-up-Prüfungen bzw. durch die Nachverfolgung seiner Empfehlungen sowie bei der Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, in die er seine Erkenntnisse aus der Prüfungstätigkeit einbringt, wodurch unbeabsichtigte Folgekosten von geplanten Normen vermieden werden können.

Selbstverständlich achtet der Rechnungshof auch im eigenen Bereich auf die Nachhaltigkeit seiner Entscheidungen, so insbesondere bei seinem Personal- und Beschaffungswesen oder im Rahmen seines Wissensmanagements.

Wissensbilanz

Der Erfolg des Rechnungshofes beruht in besonderem Maß auf dem Wissen und der Erfahrung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auf der hervorragenden Qualität ihrer Leistungen. Daher investiert der Rechnungshof in das Wissen seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und betreibt professionelles Wissensmanagement.

Dementsprechend legt er als erster Rechnungshof eine Wissensbilanz vor.

Mittelfristige Planung 2008 bis 2010

Der Mittelfristige Plan 2008 bis 2010 bezieht sich auf alle Leistungsbereiche des Rechnungshofes und legt operative Zielsetzungen fest, welche die Grundlage für die Jahresplanung darstellen.

Kennzahlensystem

Weiters hat der Rechnungshof in den letzten Monaten ein Kennzahlensystem als Grundlage für die Planung und Steuerung sowie für die Darstellung seiner Leistungen und Wirkungen erarbeitet; es umfasst praktisch alle Aufgabenbereiche und wird für den Prüfungs- und Fachbereich in gleicher Weise eingeführt.

ORGANISATION

Die aktuelle Organisation des Rechnungshofes besteht seit 1. September 2006 und ist Ausdruck seiner strategischen Ausrichtung. Die Aufgaben sind auf 35 spezialisierte Abteilungen in fünf Sektionen zentriert, wobei verwandte Aufgaben und Prüfungsbereiche systematisch zu Clustern zusammengefasst sind, und unterstützt eine themenbezogene Bund, Länder und Gemeinden übergreifende Prüfungstätigkeit sowie vernetzte Arbeits- und Prüfungsmethoden.

Präsident					Kabinett Stabsstellen
Sektion 1	Sektion 2	Sektion 3	Sektion 4	Sektion 5	
Abteilung S1-1 Budget und Infrastruktur	Abteilung S2-1 Strategische Planung und Controlling	Abteilung S3-1 Berichtsredaktion	Abteilung S4-1 IT-Angelegenheiten	Abteilung S5-1 Kommunikation und parlamentarischer Verbindungsdienst	
Abteilung S1-2 Bildung	Abteilung S2-2 Gesundheit	Abteilung S3-2 Internationale Beziehungen, Generalsekretariat INTOSA1	Abteilung S4-2 Rechtliche und ökonomische Grundsatzfragen	Abteilung S5-2 Personalverwaltung, Personalentwicklung	
Abteilung S1-3 Forschung	Abteilung S2-3 Krankenanstalten	Abteilung S3-3 EU-Finanzmanagement	Abteilung S4-3 Bundesrechnungsabschluss öffentliches Haushaltswesen, Einkommensberichte	Abteilung S5-3 Wissensmanagement	
Abteilung S1-4 Wissenschaft	Abteilung S2-4 Soziales	Abteilung S3-4 Wasser- und Luftverkehrswesen, Telekommunikation	Abteilung S4-4 Banken, Debt-Management	Abteilung S5-4 Bundesverwaltung	
Abteilung S1-5 Kultur, Kunst, Medien	Abteilung S2-5 Energie	Abteilung S3-5 Bauwesen	Abteilung S4-5 Wirtschaft, Wettbewerbsangelegenheiten	Abteilung S5-5 Landesverwaltung	
Abteilung S1-6 Außen- und Sicherheitswesen	Abteilung S2-6 Umfassender Umweltschutz	Abteilung S3-6 Landverkehrswesen	Abteilung S4-6 Arbeitsmarktwesen	Abteilung S5-6 Gemeindeverwaltung, Gemeindeverbände	
Abteilung S1-7 Justiz, Inneres	Abteilung S2-7 Raumordnung, Raumplanung	Abteilung S3-7 Abgabenverwaltung	Abteilung S4-7 Liegenschaften, Immobilienverwaltung	Abteilung S5-7 Organisation, Personal, IT-Systeme	

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Der Rechnungshof bekennt sich zu seiner Qualitäts- und Qualifikationsoffensive und legt besonderen Wert auf die Auswahl sowie auf die Aus- und Weiterbildung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Personalentwicklung

Mit 1. Jänner 2006 waren im Rechnungshof 309 Mitarbeiter beschäftigt, davon 237 Prüferinnen und Prüfer, mit Jahresmitte 2007 302 Mitarbeiter, davon 235 Prüferinnen und Prüfer.

Der Rechnungshof achtet besonders auf Chancengerechtigkeit und konnte den Frauenanteil in den letzten Jahren sukzessive erhöhen. Insgesamt hat der Rechnungshof einen Frauenanteil von 41,4 %, wobei der Anteil an Prüfe-

rinnen von 29,8 % im Jahr 2006 auf 31,1 % im ersten Halbjahr 2007 stieg. 20 Mitarbeiterinnen sind teilzeitbeschäftigt, wobei neun dem Prüfdienst angehören.



Die beiden Sektionschefinnen des Rechnungshofes

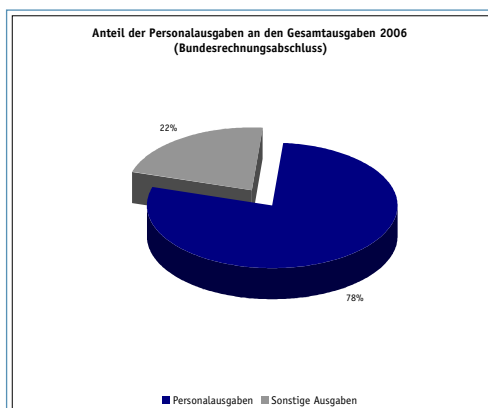
Auch bei den Leitungsfunktionen konnte der Frauenanteil von 23,5 % am 1. Jänner 2006 auf 29,2 % zur Jahresmitte 2007 erhöht werden. Damit ging der Rechnungshof den Weg weiter, den Anteil der Frauen in allen Funktionen auf 40 % anzuheben. Zwei der fünf Sektionsleitungen bekleiden Frauen.

Der Rechnungshof achtet im Rahmen seiner sozialen Verantwortung aber auch auf die Erfüllung der Beschäftigungspflicht nach dem Behinderteneinstellungsgesetz, die er am 1. Jänner 2006 mit einem Plus von vier, zur Jahresmitte 2007 mit einem Plus von sieben deutlich übererfüllte.

Personalübersicht Anzahl zum Stichtag	1. Hj. 2007	1. Jänner 2006
Planstellen	339	339
Personalstand	302	309
- davon Prüfer	235	237
Frauenanteil gesamt (in %)	41,4	41,1
Frauenanteil im Prüfdienst (in %)	31,1	29,8
Frauenanteil in Leitungsfunktionen (in %)	29,2	23,5
Erfüllung der Behinderteneinstellungspflicht	+7	+4

Personalausgaben und Gesamtausgaben

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen den Wert des Rechnungshofes dar. Als Wissensorganisation machen seine Personalausgaben 78 % seiner Gesamtausgaben aus.



	2006	2005	2004
	in Mill. EUR		
Voranschlag			
Personalausgaben	18,568	18,031	18,031
Gesamtausgaben	25,064	24,605	24,269
Zahlungen			
Personalausgaben	18,270	17,935	17,317
Gesamtausgaben	23,316	23,443	22,724
Personalanteil		in %	
Voranschlag	74,08	73,28	74,30
Zahlungen	78,36	76,50	76,21

Qualitäts- und Qualifikationsoffensive



Bei einer Vorlesung im Rahmen des MBA Public Auditing im Herbst 2006.

Für den Rechnungshof hat die Aus- und Weiterbildung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen hohen Stellenwert. Sowohl das gemeinsam mit der Executive Academy der Wirtschaftsuniversität Wien durchgeführte Professional MBA Programme Public Auditing als auch das Bildungsprogramm des Rechnungshofes bieten eine praxisorientierte Aus- und Weiterbildung auf höchstem Niveau. In die Aus- und Weiterbildung investierte der Rechnungshof zusätzlich zum MBA im Jahr 2006 insgesamt 2.057 Seminartage, im ersten Halbjahr 2007 bereits 1.224 Seminartage.

Neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden im Rahmen eines Trainee-programms die vielfältigen Aufgabenstellungen des Rechnungshofes eingehend vermittelt. Die Teilnahme an Gastprüfungen in verschiedenen Abteilungen sowie ein 14-tägiges Praktikum in wichtigen Bereichen, wie der Kommunikation, dem Verbindungsdienst zu den allgemeinen Vertretungskörpern und der Redaktion von Berichten, fördern die Gesamtsicht, die Vernetzung und den Wissenstransfer im Rechnungshof.

Im Zeichen eines supranationalen Erfahrungsaustausches absolvierte eine finnische Gastprüferin im ersten Halbjahr 2007 ein Praktikum im Rechnungshof. Sie ist im finnischen Rechnungshof als Senior Auditor im Bereich der Umweltprüfung tätig und konnte ihr Wissen bei der Prüfung der Umsetzung des Natura 2000 Netzwerkes in Österreich einbringen.

Im Februar 2007 haben sich die Führungskräfte des Rechnungshofes im Rahmen einer Klausur zum Thema "Qualität sichert Effektivität – Wir begegnen gemeinsam den Herausforderungen" intensiv mit Fragen der Qualitätssicherung beschäftigt und Qualitätsstandards für den Prüfungsprozess finalisiert.



Die finnische Gastprüferin während der Prüfung der Umsetzung des Natura 2000 Netzwerkes in Österreich.

Wissensgemeinschaften

Die Wissensgemeinschaften wurden primär eingerichtet, um den Wissenstransfer im Rechnungshof zu optimieren, den Wissenserwerb durch Vorträge und Diskussionen mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft zu fördern und flexibel auf aktuelle Themen zu reagieren. Sie stehen Anlass

bezogen auch für den Wissensaustausch mit anderen Kontrolleinrichtungen offen.



Eine Veranstaltung der Wissensgemeinschaft Öffentliche Verwaltung am 30. Jänner 2007.

Solche Wissensgemeinschaften bestehen zu den Themen Bauwesen, Datenquellen, Finanzierungen und öffentliche Abgaben, Förderungen, Gesundheits-, Sozial- und Krankenhauswesen, Öffentliche Verwaltung und Verwaltungsreform, Prüfungswesen, Rechnungswesen, Vergabewesen sowie Internationales.

Im Jahr 2006 nahmen 451 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an zehn Veranstaltungen teil. Zudem konnten sieben externe Vortragende gewonnen und 46 externe Besucher/innen interessiert werden. Im ersten Halbjahr

2007 fanden sieben Veranstaltungen statt, die von 246 Mitarbeiter/innen besucht wurden. Dabei sprachen sieben externe Expertinnen bzw. Experten und waren 116 externe Teilnehmer/innen anwesend.

Besucherinnen und Besucher



Präsident Josef Moser erläutert Studentinnen und Studenten der Wirtschaftsuniversität Wien die Aufgaben des Rechnungshofes.

Einen offenen Erfahrungsaustausch pflegt der Rechnungshof auch außerhalb seiner Wissensgemeinschaften, indem er für Vorträge und Diskussionen zur Verfügung steht. Im Zeitraum 2006 und erstes Halbjahr 2007 begrüßte der Rechnungshof auch drei Besuchergruppen (Schüler/innen, Student/innen und Finanzakademiker/innen). Im April 2007 besuchten Mitglieder des Wiener Kontrollausschusses den Rechnungshof.

Ideen zur Generalsanierung des Rechnungshofgebäudes



Die Klasse des 4. Colleg der Höheren Graphischen Bundeslehr- und Versuchsanstalt bespricht mit Präsident Josef Moser die Neugestaltung des Eingangsbereichs im Rechnungshof.

Die Generalsanierung des Gebäudes der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG), in dem der Rechnungshof untergebracht ist, beginnt im Winter 2007. BIG und Rechnungshof teilen sich die prognostizierten Sanierungskosten von rund 16 Mill. EUR. Geplanter Fertigstellungstermin des Bauvorhabens ist Frühjahr 2009. Während der Bauarbeiten werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungshofes in ein Ausweichquartier übersiedeln.

Im Rahmen eines Projektes konzipierte das 4. Colleg der Höheren Graphischen Bundeslehr- und Versuchs-

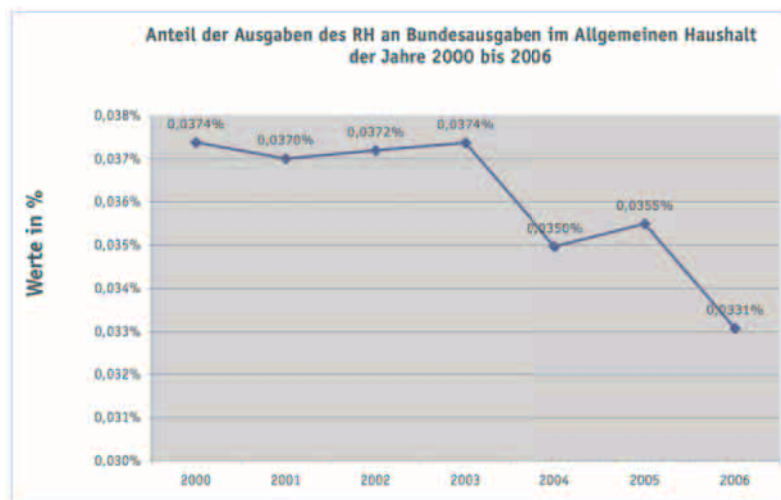
anstalt unter der Leitung der Professoren Martin Dunkl und Giovanni Corsaro Vorschläge für die Leitbild konforme Gestaltung des Eingangs- und Besucherbereiches. Die Konzepte spiegeln das Selbstverständnis des Rechnungshofes, vor allem Transparenz und Öffnung nach außen sowie die Haltung nach innen, wider und werden in die Generalsanierung einfließen.

Budget

Für die Jahre 2000 bis 2006 weisen die Bundesrechnungsabschlüsse folgende Ausgaben (allgemeiner Haushalt) aus:

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	in Mill. EUR						
Bund	58.246,88	60.409,13	61.818,06	61.387,15	64.977,38	66.041,23	70.561,24
Rechnungshof	21,77	22,35	22,99	22,94	22,72	23,44	23,32
	in %						
Anteil an den Bundesausgaben	0,0374	0,0370	0,0372	0,0374	0,0350	0,0355	0,033

Gemessen am gesamten der Kontrolle unterworfenen Ausgabenvolumen stellen sich die Ausgaben des Rechnungshofes somit äußerst sparsam dar.



Die Ausgaben des Bundes stiegen gegenüber 2000 bis 2006¹ um 21 %, die des Rechnungshofes nur um knapp 7 %, wobei auch seine Leistungen ausgeweitet wurden. Der Rechnungshof wird darauf achten, dass die im Budget bewilligten Mittel optimal eingesetzt werden.

Die im Stellenplan vorgesehenen Planstellen, die der Rechnungshof grundsätzlich benötigt, um seinen gesetzlichen Verpflichtungen umfassend nach-

¹ Quelle: Bundesrechnungsabschluss 2006

zukommen, werden auch in den kommenden Jahren nur im unbedingt erforderlichen Ausmaß nachbesetzt.

Prüfungs- und Beratungserfolge

Die wichtigste Leistung des Rechnungshofes besteht darin, Verbesserungen aufzuzeigen und durch überzeugende Empfehlungen einen Mehrwert für die Gesellschaft zu erbringen. Hinzu kommt, dass die präventive Wirkung seiner Prüfungstätigkeit der Verschwendung und Misswirtschaft vorbeugt sowie zur Verhinderung von Korruption beiträgt.

Die Vorschläge des Rechnungshofes für konkrete Einsparungen betragen in Summe ein Vielfaches der Ausgaben für den Rechnungshof von rd. 23 Mill. EUR.

Der Rechnungshof engagiert sich für die Verwaltungsreform und hat – im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung – 206 Vorschläge aus Prüfberichten zusammengefasst, die noch nicht oder nicht ausreichend aufgegriffen wurden und neuerlich publiziert. Allein die Vorschläge zur Verwaltungsreform ergaben ein grob geschätztes Einsparungspotenzial von rund einer Milliarde EUR.

Dabei noch nicht berücksichtigt sind ein effizienterer Mitteleinsatz durch Reformen im Gesundheitsbereich mit einem Umschichtungspotenzial von bis zu 2,9 Mrd. EUR und aus der Abwehr der finanziellen Auswirkungen pensionsrechtlicher Maßnahmen für den Bund im Bereich der ÖBB (1,2 Mrd. EUR).

Medienpräsenz

Die Veröffentlichung der Berichte, Positionen und Kernaussagen stärkt die präventive Wirkung und trägt überdies zur Entscheidungssicherheit der Rat suchenden Stellen bei.

Eine öffentliche Auseinandersetzung mit den Prüfungsberichten fördert erfahrungsgemäß auch das Kostenbewusstsein und trägt zu einer rascheren Umsetzung der Empfehlungen bei. Die Medienpräsenz des Rechnungshofes erhöht daher auch die Wirkung seiner Tätigkeit.

Im Jahr 2006 berichteten die Medien über 6.600 Mal, im ersten Halbjahr 2007 bereits knapp 2.000 Mal über die Tätigkeit des Rechnungshofes.

Der Rechnungshof stellt seine Berichte und Informationen auf seiner Website www.rechnungshof.gv.at zur Verfügung, die im Berichtszeitraum 100.179 Zugriffe verzeichnete. Sie ist – neu gestaltet – seit März 2007 online, barrierefrei im Sinn der W3C-Richtlinie gestaltet und auf die Bedürfnisse der Nutzer/innen abgestimmt. So sind alle Informationen aktuell und themenbezogen abrufbar und über eine Suchfunktion leicht zugänglich.

KERNAUFGABE PRÜFUNG UND BERATUNG

Der Rechnungshof prüft als Bund, Länder und Gemeinden übergreifendes Organ vornehmlich nicht auf Rechtsträger bezogen, sondern er verfolgt einen risikoorientierten und themenbezogenen Prüfungsansatz, wobei das Prüfungsprogramm auf die Handlungsfelder der Politik, die Gebarungsrelevanz, den Umfang möglicher Verbesserungspotenziale auf aktuelle Ereignisse, auf besonderes öffentliches Interesse sowie auf die präventive Wirkung ausgerichtet ist, so im Berichtszeitraum auf das Gesundheits- und Sozialsystem, auf Bund und Länder übergreifende Vergleiche und auf Reformvorhaben, die möglichst zeitnah überprüft werden, um deren Zielerreichung noch unterstützen zu können.

Prüfungsprogramm

Der Rechnungshof erstellt sein jährliches Prüfungsprogramm eigeninitiativ und entscheidet unabhängig über Art, Themen und Methodik seiner Prüfungen. Es umfasst unterschiedliche Arten von Gebarungsüberprüfungen: Initiativ-, Schwerpunkt-, Querschnitts-, Follow-up-, Stichprobenprüfungen, Begleitprüfungen zu Prüfungen des Europäischen Rechnungshofes in Österreich und andere EU-bezogene Prüfungen sowie die Prüfung von gesetzlichen beruflichen Vertretungen.

Weiters führt der Rechnungshof Prüfungen zum Bundesrechnungsabschluss sowie bei internationalen Organisationen durch. Auf der Grundlage seiner Prüfungstätigkeit wird der Rechnungshof beratend tätig.

Unter Wahrung der Unabhängigkeit stimmt er seine Prüfungstätigkeit mit anderen Kontrolleinrichtungen ab, so insbesondere mit den Landesrechnungshöfen und dem Kontrollamt der Stadt Wien.

Prüfungsleistungen

Die Initiativprüfungen dominieren mit einem Anteil von 96,8 % 2006 und 86,8 % 2007 die Prüfungsleistungen des Rechnungshofes und sind Ausdruck seiner Unabhängigkeit.

Im Jahr 2006 legte der Rechnungshof dem Nationalrat, den Landtagen und den Gemeinderäten 51 Berichte mit 114 Berichtsbeiträgen vor. Im ersten Halbjahr 2007 49 Berichte mit 64 Beiträgen. Für 2007 sieht das Prüfungsprogramm insgesamt 92 neu begonnene Prüfungen vor.

Prüfungsleistungen	1. Halbjahr 2007	2006
Anzahl Prüfungen	53	94
davon Sonderprüfungen	7	3
davon Initiativprüfungen	46	91
hiervon Schwerpunktprüfungen	25	49
hiervon Follow-up-Prüfungen	9	10
hiervon Stichprobenprüfungen	6	9
hiervon EU-Prüfungen	–	3
hiervon ERH-Begleitprüfungen	–	6
hiervon Querschnittsprüfungen	6	14
Anzahl Querschnittsprüfungen		
– “ – Bund	2	7
– “ – Länder	3	2
– “ – Gemeinden	–	1
Gemengelage (Bund – Länder – Gemeinde – Vergleiche)	1	4
Anteil Querschnittsprüfungen an Prüfungen insgesamt	11,3 %	14,9 %
Ressourcenanteil Querschnittsprüfungen	21,1 %	22,6 %

Schwerpunktprüfungen

Eine Schwerpunktprüfung konzentriert sich auf bestimmte Themenstellungen, auf Teilbereiche der Gebarung oder auf ein bestimmtes Projekt, die vertieft überprüft werden.

Im Jahr 2006 führte der Rechnungshof 49 Schwerpunktprüfungen durch, im ersten Halbjahr 2007 bereits 25. Themen waren unter anderem Flüchtlingsbetreuung, Planung der A7-Mühlkreisautobahn im Bereich Bindermichl, Brenner Eisenbahn GmbH – Projekt Unterinntal, Oesterreichische Nationalbank – Pensionsvorsorge und Stiftung Bürgerspitalfonds Krems an der Donau.

Querschnittsprüfungen

Der Gegenstand von Querschnittsprüfungen sind horizontale und vertikale Vergleiche auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene oder übergreifende Vergleiche.

Im Jahr 2006 führte der Rechnungshof 14 Querschnittsprüfungen durch, was einem Anteil von 14,9 % entspricht, im ersten Halbjahr 2007 sechs Querschnittsprüfungen, die 11,3 % seiner gesamten Prüfungsleistung abdecken. Neun dieser Prüfungen betreffen Vergleiche auf Bundesebene, fünf auf Landesebene und eine die Gemeindeebene. Fünf Querschnittsprüfungen verglichen Bund, Länder bzw. Gemeinden. Folgende Themen sind hervorzuheben: Zulagen und Nebengebühren der Bundesbediensteten, ausgewählte Supportprozesse (Präsidialreform), Reform der Beamtenpensionssysteme des Bundes sowie der Länder Burgenland, Niederösterreich und Salzburg, ausgewählte

Themen der Abfallwirtschaft in Österreich, Fusion der Pensionsversicherungsanstalten der Arbeiter und Angestellten, Einkaufszentren sowie Kinderbetreuung in einigen Bundesländern.

Follow-up-Prüfungen

Follow-up-Prüfungen zielen darauf ab, die Wirksamkeit von Gebarungsüberprüfungen zu verstärken, da sie zeigen, inwieweit die Empfehlungen des Rechnungshofes umgesetzt wurden. Im Jahr 2006 führte der Rechnungshof zehn Follow-up-Prüfungen durch, im ersten Halbjahr 2007 bereits neun. Bereits veröffentlicht wurden die Ergebnisse der Follow-up-Prüfungen Burghauptmannschaft Österreich – Erweiterung der Albertina, Technische Universität Graz – Einsatz von Großgeräten, Bundespolizeidirektion Schwechat, Bau- und Liegenschaftsverwaltung, Energie Steiermark AG und Messe Center Graz.

Stichprobenprüfungen

Zur Stärkung seiner präventiven Wirkung führt der Rechnungshof Stichprobenprüfungen durch, um auch Rechtsträger in das Prüfungsprogramm einzubeziehen, die nach dem risikoorientierten Auswahlverfahren (z.B. wegen ihres geringen Gebarungsumfangs) nicht überprüft würden. Die überprüften Stellen werden nach dem Zufallsprinzip ausgewählt.

Im Jahr 2006 führte der Rechnungshof neun Stichprobenprüfungen durch, im ersten Halbjahr 2007 bereits sechs. Überprüft wurden insbesondere die Prinzeugen-Studienstiftung der Stadt Wien, die Veranstaltungsservice Traun GmbH und mehrere Gemeindeverbände.

Sonderprüfungen

Der Rechnungshof wird immer wieder ersucht, besondere Gebarungsüberprüfungen durchzuführen. Er sieht darin einen Vertrauensbeweis in seine Leistungen und entspricht diesen Ersuchen im Rahmen der gesetzlichen Kompetenzen.

Sonderprüfungen im Jahr 2006 betrafen die ASFINAG und das BMVIT bezüglich des Kaufes der Gesellschaftsanteile an der Europass LKW-Maut System GmbH, die Am Hafen Garagenerrichtungs- und Betriebs-GmbH in Bregenz sowie die Kläranlage Graz-Gössendorf (Anteil der Sonderprüfungen an den Prüfungen gesamt 3,2 %).

Im ersten Halbjahr 2007 wurden bereits Prüfungsersuchen und -verlangen zur Finanzierung der ASFINAG, zum ÖBB Immobilienmanagement, zu den Krankenanstaltengesellschaften des Burgenlands bzw. der Steiermark (KRAGES und KAGES), zum Umbau Neuer Platz in Klagenfurt, zur ARC Seibersdorf GmbH sowie zum vom Bundesminister für Landesverteidigung abgeschlos-

senen Vergleich und den damit verbundenen Vertragsänderungen mit der Eurofighter GmbH eingebracht (Anteil der Sonderprüfungen an den Prüfungen gesamt 13,2 %).

Kontrolle der Gebarung der gesetzlichen beruflichen Vertretungen (Kammern)

Der Rechnungshof überprüfte die Landwirtschaftskammer Tirol, die Landarbeiterkammer Tirol und die Landwirtschaftskammer Oberösterreich hinsichtlich der ziffernmäßigen Richtigkeit, der Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften sowie der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ihrer Gebarung. Die Berichte wurden im Berichtszeitraum von den überprüften Stellen über die Kammerzeitungen zugänglich gemacht.

§ 9 Prüfungen

Der Bundesrechnungsabschluss wird auf Basis der Jahresrechnungen der Bundesministerien und von Prüfungen gemäß § 9-Prüfungen des Rechnungshofgesetzes, bei denen der Rechnungshof die Verrechnungsergebnisse auf ihre Ordnungs- und Rechtmäßigkeit überprüft, erstellt. Er weist dabei auf Systemmängel hin und verfolgt ihre Behebung.

Beratungsleistungen

Im Rahmen seiner Beratungsleistungen verwertet der Rechnungshof die Erkenntnisse und Erfahrungen aus seiner Prüfungstätigkeit. Er erbringt Beratungsleistungen bereits bei der Prüfungstätigkeit durch Anregungen während der Einschau an Ort und Stelle, durch die Teilnahme an den Verhandlungen seiner Berichte in den allgemeinen Vertretungskörpern (Nationalrat, Landtage, Gemeinderäte), im Zuge der Begutachtung von geplanten Rechtsvorschriften, durch die Mitwirkung in Expertengremien sowie durch die zusammenfassende Darstellung von generellen Empfehlungen in seinen Berichten und sonstigen Veröffentlichungen. Auch die Durchführung von Symposien und Veranstaltungen hat beratende Funktion.

Mit der Veröffentlichung seiner Kernaussagen aus der Prüfungstätigkeit und seiner Positionen zu aktuellen Anliegen der Finanzkontrolle schafft der Rechnungshof im Sinn der von ihm angestrebten nachhaltigen Wirkung der Finanzkontrolle einen Mehrwert, der über den Nutzen der einzelnen Prüfung hinausgeht und die Entscheidungssicherheit der ratsuchenden Stellen erhöht.

Alle Publikationen des Rechnungshofes und seine Kernaussagen stehen auf der Website www.rechnungshof.gv.at zur Verfügung und sind durch eine Suchmaschine weitgehend barrierefrei und benutzerfreundlich zugänglich.

Positionspapiere

Im Jahr 2006 und ersten Halbjahr 2007 sind folgende Positionspapiere erschienen:

- Positionen zur EU-Ratspräsidentschaft Österreichs, Jänner 2006, Reihe 2006/1
- Wiener Erklärung – zum Internationalen Symposium über die Stärkung der weltweiten öffentlichen Finanzkontrolle am Beispiel der Kontrolle der Tsunami-Hilfsgelder, Juni 2006, Reihe 2006/2

Die in diesem Zeitraum veröffentlichten generellen Empfehlungen betrafen:

- Öffentliche Förderungen
- Mehrkostenforderungen bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand („Claim Management“) und zur
- Stärkung der öffentlichen Finanzkontrolle in der EU – Verbesserung des EU-Finanzmanagements

Kernaussagen

Die Kernaussagen aus seinen Berichten stellt der Rechnungshof gesondert – die Grundlage seiner Spruchpraxis – zur Verfügung, sie sind zu den Themen Ausgliederungen, Bildung und Wissenschaft, externe Beratungsleistungen, öffentliche Förderungen und Verwaltungsreform abrufbar.

Vortrags- und Lehrtätigkeit, Teilnahme an Expertengremien

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungshofes stellen ihr Fachwissen und ihre Erfahrungen im In- und Ausland in Expertengremien sowie für die Aus- und Weiterbildung insbesondere im Bereich der öffentlichen Finanzkontrolle zur Verfügung.

Ein Mitarbeiter des Rechnungshofes wirkt als Sachverständiger bei der Erstellung des Berichts des Staatsschuldenausschusses über die öffentlichen Finanzen sowie an einschlägigen volkswirtschaftlichen Studien zur öffentlichen Verschuldung mit. Ferner ist der Rechnungshof mit einem ständigen Mitglied im VRV Komitee (Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997) vertreten.

Weitere Fixpunkte sind die Lehrtätigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungshofes beim MBA Programme Public Auditing und beim Fachhochschullehrgang zum/zur Akademischen Rechnungshofprüfer/in der Fachhochschule des bfi Wien; weiters tragen Rechnungshofangehörige an der Verwaltungsakademie der Stadt Wien und bei einem Workshop der Internen Revision des Bundesministeriums für Finanzen vor.

Eine Vertreterin des Rechnungshofes nahm am Verwaltungsmanagement-Tag an der Podiumsdiskussion zum Thema „Öffentliches Beschaffungswesen

– neues Bundesvergabegesetz 2006; Handlungsbedarf für Länder und Gemeinden“ teil.

Auch bei den Tagungen des Fachausschusses für Kontrollamtsangelegenheiten ist der Rechnungshof regelmäßig vertreten; so etwa im Mai 2007 in Bregenz mit einem Beitrag über “Projektmanagement – Fallbeispiele für Bauprüfungen”.

Bei der Konferenz der Internen Revision sprach ein Prüfer über “Ausgliederungen und Auslagerungen – revisionsfreier Raum in der öffentlichen Verwaltung?”

Hervorzuheben ist weiters die Teilnahme des Präsidenten des Rechnungshofes am 1. Österreichischen Anti-Korruptionstag am 6. Juni 2007, einer Veranstaltung des Büros für interne Angelegenheiten des Bundesministeriums für Inneres, wobei die Beiträge des Rechnungshofes und der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) zur Korruptionsbekämpfung dargestellt wurden.

Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen

Die Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen konzentriert sich auf die finanziellen Auswirkungen von Regierungsvorlagen und Verordnungen im Sinn des § 14 des Bundeshaushaltsgesetzes und bringt die Gesamtsicht sowie die Erkenntnisse aus der Prüfungstätigkeit im In- und Ausland ein. Dies stärkt den Nutzen seiner Prüfungstätigkeit und schafft einen Mehrwert, weil damit unbeabsichtigte Folgekosten von geplanten Normen vermieden werden können.

Im Jahr 2006 führte er 309 Begutachtungen durch, im ersten Halbjahr 2007 bereits 158.

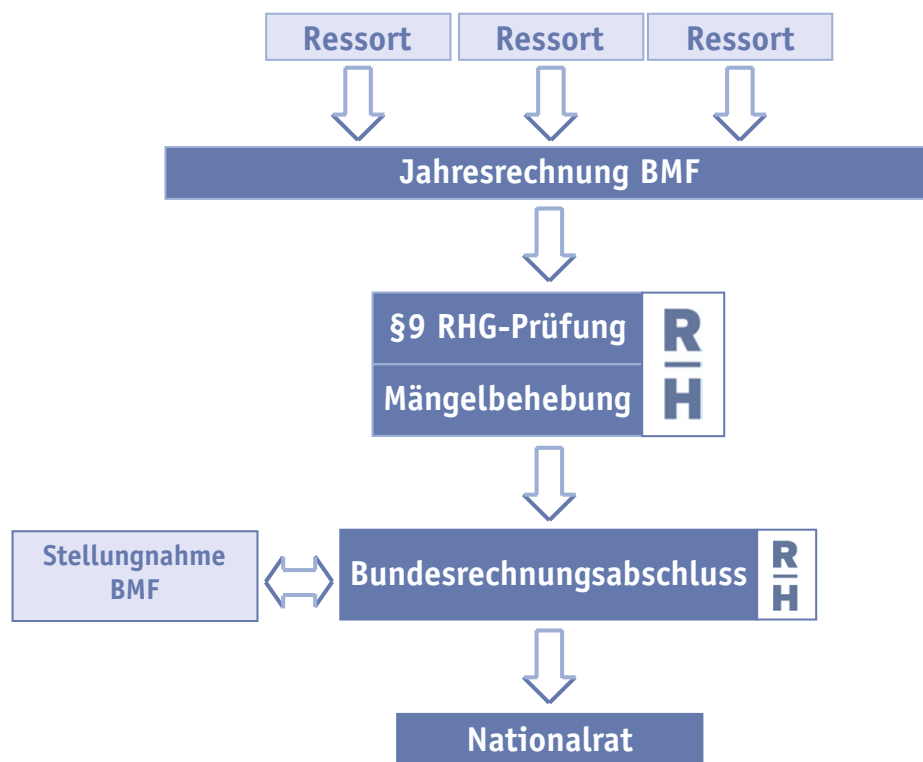
begutachtete Entwürfe	1. Halbjahr 2007	2006
Bundesgesetze und Internationale Übereinkommen	70	48
Verordnungen	65	184
Landesgesetze	23	77
Summe der begutachteten Entwürfe	158	309

Davon beanstandete der Rechnungshof im Jahr 2006 38 Entwürfe und im ersten Halbjahr 2007 bereits 29 Entwürfe, da in den Erläuterungen zu diesen Entwürfen entweder keine Darstellung der finanziellen Auswirkungen angeschlossen war oder diese als nicht dem § 14 Bundeshaushaltsgesetz entsprechend anzusehen war.

BESONDERE AUFGABEN DES RECHNUNGSHOFES

Bundesrechnungsabschluss

Der Bundesrechnungsabschluss (BRA) dokumentiert das Ergebnis der Gebärung des Bundes. Er stellt die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Bundes und der von ihm verwalteten Rechtsträger dar und gibt damit insbesondere auch Auskunft über den Stand der Bundesschulden.



Erstellung des BRA

Der BRA wird auf Basis der Jahresrechnungen der Ministerien und der diesbezüglichen Prüfungen gemäß § 9 Rechnungshofgesetz (§ 9-Prüfungen) vom Rechnungshof erstellt und nach Stellungnahme des BMF spätestens bis zum 30. September des folgenden Finanzjahres dem Nationalrat vorgelegt.

Bestandteile des BRA sind die Voranschlagsvergleichsrechnung, die Erfolgsrechnung, die Vermögens- und Schuldenrechnungen sowie die Abschlussrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger und Erläuterungen. Der erste Band enthält in einem Textteil die Grundlagen und Erläuterungen zum BRA, im zweiten Band, dem Zahlenteil, sind die Abschlussrechnungen und tabellarischen Übersichten dargestellt.

Im Jahr 2006 und im ersten Halbjahr 2007 erbrachte der Rechnungshof folgende Leistungen im Zusammenhang mit der Erstellung des BRA:

	BRA 2006	BRA 2005
Überprüfungen gem. § 9 Abs. 1 RHG	9	13
Richtigstellungen gem. § 31 RLV	12	14
SAP-Buchungsbelege	96	128
geprüfte Kapitel	12	11
Überwachung der Rücklagengebarung		
Auflösungen von Rücklagen	31	54
Entnahmen aus Rücklagen	268	230
zur Bedeckung überplanmäßiger Ausgaben bzw. des gesamten Ausgabenbedarfs des Bundes in Höhe von	825,7 Mill. EUR	692,9 Mill. EUR

Mitwirkung bei der Begründung von Finanzschulden

Der Rechnungshof wirkt auch an der Begründung von Finanzschulden mit. Durch die Gegenzeichnung der Schuldurkunden des Bundes werden die Gesetzmäßigkeit der Schuldaufnahme sowie die ordnungsgemäße Eintragung in das Hauptbuch der Staatsschuld gewährleistet.

Folgende Finanzschulden wurden im Berichtszeitraum begründet:

	1. Halbjahr 2007	2006
Finanzschulden des Bundes	32	86
davon Gegenzeichnungen	21	53
Volumen	in Mrd. EUR	
aufgenommene Finanzschulden	12,52	23,49
aufgenommene Kassenstärker	17,84	18,71

Einkommensbericht

Der Rechnungshof hat gemäß Bezügebegrenzungsgesetz alle zwei Jahre einen Bericht über die durchschnittlichen Einkommen der Gesamtbevölkerung aufgeschlüsselt nach Männern und Frauen sowie getrennt nach Branchen, Berufsgruppen und Funktionen zu erstellen und die Einkommen der unselbständig und selbständig Erwerbstätigen, Daten aus der Land- und Forstwirtschaft sowie die Einkommen der Pensionistinnen und Pensionisten darzustellen. Der Einkommensbericht über die Jahre 2004 und 2005 wurde im Dezember 2006 dem Nationalrat, dem Bundesrat und den Landtagen übermittelt und differenzierte erstmals auch nach Bundesländern. Ferner hat der Rechnungshof in Zusammenarbeit mit der Statistik Austria die Erklärungen zu diesem umfassenden Zahlenwerk verbessert.

Einkommenserhebung

Im Auftrag der Bundesverfassung erhebt der Rechnungshof bei Unternehmungen und Einrichtungen des Bundes, die seiner Kontrolle unterliegen, jedes zweite Jahr die durchschnittlichen Jahreseinkommen einschließlich aller Sozial- und Sachleistungen sowie zusätzliche Leistungen für Pensionen von Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie aller Beschäftigten und berichtet darüber dem Nationalrat (mittels Erhebungsbögen und Auskünften). Die durchschnittlichen Bezüge sind für jede Unternehmung und für jede Einrichtung gesondert auszuweisen. Im Dezember 2007 werden die Ergebnisse der noch laufenden Erhebungen betreffend die Jahre 2005 und 2006 vorgelegt.

Parteiengesetz, Bezügebegrenzungsgesetz

Das Parteiengesetz verpflichtet die politischen Parteien jährlich bis zum 30. September des folgenden Jahres, dem Präsidenten des Rechnungshofes eine Liste aller Spenden über 7.260 EUR zu übermitteln. Eine nicht fristgerechte sowie verspätete Übermittlung ist dem Bundeskanzler mitzuteilen, der fällige Zuwendungen bis zur Übermittlung einzubehalten hat.

Auf Ersuchen einer politischen Partei hat der Präsident des Rechnungshofes öffentlich festzustellen, ob eine Spende an die betreffende Partei ordnungsgemäß deklariert worden ist. Der Rechnungshof hat keine Befugnis, die ihm übermittelte Spenderliste auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen.

Weiters hat der Rechnungshof gemäß Bezügebegrenzungsgesetz jährlich den Anpassungsfaktor zur Ermittlung der Höhe der Bezüge öffentlicher Funktionäre im Amtsblatt zur Wiener Zeitung zu veröffentlichen. Er hat dies zuletzt am 23. Mai 2007 getan, der Anpassungsfaktor betrug 1,015 %.

RECHNUNGSHOF UND NATIONALRAT

Der Rechnungshof ist in der Bundesverfassung seit 1929 als unabhängiges Oberstes Organ der Finanzkontrolle eingerichtet und wird in Bezug auf die Bundesgebarung als Organ des Nationalrates tätig. In Angelegenheiten der Gebarung der Länder und Gemeinden bzw. Gemeindeverbände wird er funktionell als Organ des betreffenden Landtages tätig.

Der Präsident des Rechnungshofes hat das Recht an den Verhandlungen über die Berichte des Rechnungshofes, die Bundesrechnungsabschlüsse, Anträge über die Durchführung besonderer Akte der Gebarungsüberprüfung und die den Rechnungshof betreffenden Budgetkapitel des Entwurfes des Bundesfinanzgesetzes im Nationalrat sowie in seinen Ausschüssen teilzunehmen und hierzu das Wort zu ergreifen.

Im Berichtszeitraum nahm der Rechnungshof an den Beratungen der Bundesfinanzgesetze für die Jahre 2007 und 2008 sowie an den Beratungen des Bundesrechnungsabschlusses 2005 teil.

Die Ergebnisse von Gebarungsüberprüfungen des Rechnungshofes flossen darüber hinaus in die Arbeit der Abgeordneten zum Nationalrat ein. Im Jahr 2006 bezogen sich 28 Parlamentarische Anfragen auf Empfehlungen des Rechnungshofes, im ersten Halbjahr 2007 bereits 14 Anfragen.

Im Übrigen waren die Beziehungen des Rechnungshofes zum Nationalrat 2006/07 insbesondere durch die Konstituierung des neu gewählten Nationalrates (Unvereinbarkeitsausschuss) und von zwei Untersuchungsausschüssen des Nationalrates geprägt.

Untersuchungsausschüsse des Nationalrates

Der Nationalrat hat in der laufenden Gesetzgebungsperiode einen Untersuchungsausschuss hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen und einen weiteren betreffend die Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe Adria und weitere Finanzdienstleister eingesetzt.

Der Rechnungshof hat den beiden Untersuchungsausschüssen umfangreiches Aktenmaterial aus seinen diesbezüglichen Gebarungsüberprüfungen übermittelt. Der Präsident des Rechnungshofes war am 13. Juni 2007 als Auskunftsperson in den „Eurofighter“ Untersuchungsausschuss geladen. Der Endbericht enthielt die einstimmig beschlossene Empfehlung „dass bei Großbeschaffungsprojekten eine zeitnahe ex-post Kontrolle von Etappen des Beschaffungsvorganges durch den Rechnungshof erfolgen sollte“.

Der Rechnungshof hat betreffend die Nachfolgebeschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen bereits vier Prüfungsberichte vorgelegt und überprüft aktuell auf Verlangen von Abgeordneten einer Regierungsfraktion „den

vom Bundesminister für Landesverteidigung abgeschlossenen Vergleich und die damit verbundenen Vertragsänderungen mit der Eurofighter GmbH“.

Auch die Empfehlungen des Rechnungshofes aus seiner Prüfung der Finanzmarktaufsichtsbehörde, der Aufsichtsagenden der Oesterreichischen Nationalbank und des Bundesministeriums für Finanzen flossen in einen parlamentarischen Entschließungsantrag betreffend die Reform der Finanzmarktaufsicht zur Stärkung des Finanzplatzes Österreich ein.

Unvereinbarkeitsausschuss

Nach Zusammentreten des neu gewählten Nationalrates beschließt der Unvereinbarkeitsausschuss regelmäßig für die Dauer der Legislaturperiode, den Präsidenten des Rechnungshofes gemäß § 40 Abs. 1 GOG-NR im Wege des Präsidenten des Nationalrates zur schriftlichen Stellungnahme einzuladen,

- ob bestimmte (in einer Anlage aufgelistete) Unternehmungen der Kontrolle durch den Rechnungshof gemäß Art. 126b Abs. 2 B-VG unterliegen,
- aus welchem Titel sich die Zuständigkeit des Rechnungshofes gegenüber diesen Unternehmungen im Einzelfall ergibt,
- welche der genannten Unternehmungen nach Ansicht des Rechnungshofes nicht der Meldepflicht für Mandatare gemäß § 6 Abs. 2 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983 unterliegen, und
- über alle im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über Meldungen von Regierungsmitgliedern und Staatssekretären aufgrund § 3 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983 notwendigen Informationen (z.B. Ausmaß der Beteiligungen).

Im Jahr 2006 gab der Rechnungshof neun derartige Stellungnahmen ab, im ersten Halbjahr 2007 waren es zwei Stellungnahmen.

Parlamentarische Anfragen

Gegenstände des Wirkungsbereiches des Präsidenten des Rechnungshofes unterliegen soweit sie die Haushaltsführung im Sinne des Bundeshaushaltsgesetzes, die Diensthoheit und die Organisation des Rechnungshofes betreffen dem Interpellationsrecht des Nationalrates.

Im Jahr 2006 beantwortete der Präsident des Rechnungshofes die folgenden zwei schriftlichen Anfragen:

- Erfüllung der Behinderteneinstellungspflicht 2005 (4279/J-NR/06)
- Einmietungen von Bundesbehörden und bundeseigenen Institutionen (3916/J-NR/06)

Im ersten Halbjahr 2007 beantwortete der Präsident des Rechnungshofes zwei schriftliche parlamentarische Anfragen:

- Anteil von Bio-Lebensmitteln in öffentlichen Einrichtungen des Bundes (453/J-NR/07)
- Etappenplan Bundesbauten (126/J-NR/07)

Symposium „Öffentliche Finanzkontrolle in Österreich“

Auf Einladung von Nationalratspräsidentin Mag^a. Barbara Prammer diskutierten am 18. Juni 2007 im Parlament der Präsident des Rechnungshofes, Dr. Josef Moser, der Präsident des Europäischen Rechnungshofes, Dr. Hubert Weber, der Direktor des Landesrechnungshofes Steiermark, Dr. Johannes Andrieu, sowie der deutsche Staatsrechtler, Dr. Dr. hc. Josef Isensee, mit dem Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes Univ.-Prof. Dr. Dr. hc. mult. Karl Korinek, sowie mit den Mitgliedern des Rechnungshofausschusses, den Abgeordneten Dr. Günther Kräuter (S), Hermann Gahr (V), Lutz Weinzinger (F) und Josef Bucher (B) über die öffentliche Finanzkontrolle in Österreich. An der regen Diskussion beteiligten sich auch der Direktor des Landesrechnungshofes Burgenland, DI Franz Katzmann, und Staatssekretär a.D. Dr. Alfred Finz. Eindeutiger Tenor der Beiträge war, dass der Grundsatz der Einheitlichkeit der Finanzkontrolle dem föderalen System Österreichs und der Verflochtenheit der Finanzströme auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene Rechnung trägt, wobei das Effizienzgebot und die traditionell gute Zusammenarbeit des Rechnungshofes mit anderen Kontrolleinrichtungen an sich denkbare Doppelgleisigkeiten ausschließen. Daher sollten alle Gemeinden unabhängig von ihrer Einwohnerzahl, die Direktförderungen der EU und Unternehmungen ab einer Beteiligung der öffentlichen Hand von 25 % in die Rechnungshofkontrolle einbezogen werden. Die Beiträge zum Symposium sind in der Broschüre „Öffentliche Finanzkontrolle in Österreich“, Reihe Positionen 2007/2, zusammengefasst.



Symposium zur Stärkung der Finanzkontrolle am 18. Juni 2007 im Parlament.

Berichterstattung an den Nationalrat

Der Rechnungshof legte dem Nationalrat im Jahr 2006 zwölf Berichte mit 53 Beiträgen, den Bericht über die durchschnittlichen Einkommen der Gesamtbevölkerung gemäß Art. I § 8 Abs. 4 Bezügebegrenzungsgesetz für die Jahre 2004 und 2005 und den Bundesrechnungsabschluss 2005 vor. Im ersten Halbjahr 2007 folgten neun Berichte mit 25 Beiträgen.

Besonderes Interesse erregten die Berichtsbeiträge betreffend Luftraumüberwachungsflugzeuge: Bewertung und Dokumentation der Gegengeschäfte, Österreichische Bundesbahnen: externe Beratungsleistungen, die Beschaffung des Waffensystems Jagdpanzer Jaguar, die Flüchtlingsbetreuung, die Zulagen und Nebengebühren der Bundesbediensteten, die Organisation und Wirksam-

keit der Schulaufsicht und der Vergleich der Beamtenpensionsreformen auf Bundes- und Landesebene (Niederösterreich, Salzburg und Burgenland).

Weitere wichtige Berichtsbeiträge betrafen die Universitätskliniken am Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien, Landeskrankenhaus Graz und in Innsbruck in Bezug auf Sondergebühren und Arzthonorare; die Oesterreichische Nationalbank - Pensionsvorsorge; die Aufgabenerfüllung durch den chef- und kontrollärztlichen Dienst der Krankenversicherungsträger; die Lehrerfortbildung; das Eisenbahnprojekt Semmering-Basistunnel - Ausbau der Bestandsstrecke Semmering und den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger: Projekt Chipkarte (e-card).

Mit dem EU-Finanzbericht legte der Rechnungshof dem Nationalrat erstmals eine Darstellung der Einnahmen und Ausgaben der EU in der abgelaufenen Finanzperiode (2000–2006) und der Entwicklung der österreichischen Nettozahlerposition vor.

RECHNUNGSHOF UND LANDTAGE

In Angelegenheiten der Gebarung der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände sowie der gesetzlichen beruflichen Vertretungen (Kammern), soweit sie in die Vollziehung der Länder fallen, ist der Rechnungshof als Organ des betreffenden Landtages tätig. Er stimmt sein Prüfungsprogramm und seine Prüfungstätigkeit mit den Kontrolleinrichtungen der Länder und der Stadt Wien ab.

Bei seinen Initiativprüfungen nützt der Rechnungshof seine besondere Stellung als föderatives Bund-Länder-Organ und prüft in einem gesamthaften, vergleichenden Ansatz, der Querschnittsbelange und Vergleiche über alle Gebietskörperschaftsebenen umfasst (Best Practices, Benchmarks). So prüfte er 2006/07 vergleichend ausgewählte Themen der Abfallwirtschaft in Österreich, Systeme des Förderungswesens, die Reform der Beamtenpensionssysteme des Bundes und der Länder, Einkaufszentren, die Kinderbetreuung und die Umweltsituation im Dreiländereck Österreich-Ungarn-Slowenien.

Die Länder fragen die Leistungen des Rechnungshofes nach, wie die Ersuchen nach einer Überprüfung der Am Hafen Garagenerrichtungs- und Betriebs-GmbH in Bregenz, der Kläranlage Graz-Gössendorf, der Krankenanstaltengesellschaften des Burgenlands bzw. der Steiermark, KRAGES und KAGES, oder des Umbaus Neuer Platz in Klagenfurt im Jahr 2006 bzw. 2007 illustrieren.

Präsenz in den Landtagen

Dem Rechnungshof ist es ein besonderes Anliegen, den Abgeordneten bei den Verhandlungen seiner Berichte in den jeweiligen Ausschüssen der Landtage und Gemeinderäte persönlich zur Verfügung zu stehen, wie dies im Gemeinderat der Stadt Wien sowie in den Landtagen von Burgenland, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg regelmäßig und jüngst auch in Oberösterreich wahrgenommen wird.

Im Jahr 2006 nahmen der Präsident bzw. Prüferinnen und Prüfer des Rechnungshofes an 16 Sitzungen von Ausschüssen in sechs Ländern teil, im ersten Halbjahr 2007 an 28 Beratungen in sieben Ländern. Prüfer des Rechnungshofes waren 2006 als Sachverständige in den Untersuchungsausschuss des Landtages Steiermark für Auskünfte zu den Berichten betreffend Bauvorhaben Landeskrankenhaus Graz West, Reihe Steiermark 2004/7, und Landeskrankenhaus-Universitätsklinikum Graz: Projekt LKH 2000, Reihe Steiermark 2005/1, berufen.

Landeshauptleutekonferenz

Im April 2007 nahm der Präsident des Rechnungshofes auf Einladung von Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller an der Landeshauptleutekonferenz in Salzburg teil, bei der unter anderem die Staats- und Verwaltungsreform diskutiert wurde. Der Präsident gab einen Überblick über die Entwicklung der Finanzkontrolle, die gesamtstaatliche Budgetverantwortung, die Verflechtung der Finanzströme und das sich daraus ergebende Erfordernis einer einheitlichen Finanzkontrolle und einer Vernetzung der Kontrollbehörden sowie der Schließung von Kontrolllücken.

Berichterstattung

	1. Halbjahr 2007	2006	2005
Burgenland	4	4	5
Kärnten	3	4	4
Niederösterreich	8	6	8
Oberösterreich	4	5	2
Salzburg	5	3	2
Steiermark	7	6	7
Tirol	3	4	5
Vorarlberg	3	3	2
Wien	3	4	5

Im Jahr 2006 legte der Rechnungshof den Landtagen 39 Berichte vor, den Vertretungskörpern von Städten, Gemeinden und Gemeindeverbänden insgesamt zehn Berichte. Die Berichte enthielten insgesamt 59 Berichtsbeiträge.

Im ersten Halbjahr 2007 legte der Rechnungshof den Landtagen insgesamt 40 Berichte vor, den Vertretungskörpern von Städten, Gemeinden und Gemeindeverbänden insgesamt neun Berichte. Diese Berichte enthielten 39 Berichtsbeiträge.

Burgenland

Im Berichtszeitraum legte der Rechnungshof dem Burgenländischen Landtag insgesamt sieben Berichte mit acht Berichtsbeiträgen sowie den Allgemeinen Einkommensbericht nach dem Bezügebegrenzungs-gesetz für die Jahre 2004 und 2005 sowie den EU-Finanzbericht vor. Ferner legte er den Bericht über die auf Ersuchen der Landesregierung durchgeführte Überprüfung der Tochterunternehmungen des Burgenländischen Müllverbandes auch der Verbandversammlung vor.

Behandlung im Ausschuss und Landtag

Im Jahr 2006 wurden alle vorgelegten Berichte im zuständigen Ausschuss und im Plenum des Burgenländischen Landtages behandelt, im ersten Halbjahr 2007 bereits vier Berichte im Ausschuss und ein Bericht im Landtag. Bei einer Beratung im Ausschuss war der Präsident, bei sieben Beratungen waren Vertreter/innen des Rechnungshofes anwesend.

Hervorzuheben ist die Behandlung des Berichtes betreffend die HYPO-BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft (Bank Burgenland), der unter anderem die Gesamtbelastung des Landes aus der Beteiligung mit bis zu 728 Mill. EUR bis zum Jahr 2025 darstellt. Mit der Tilgung von Garantieverpflichtungen in Höhe von rd. 240 Mill. EUR aus außerordentlichen Erträgen ist das Land einer Empfehlung des Rechnungshofes gefolgt.

Am 28. März 2007 nahm der Präsident des Rechnungshofes an den Beratungen zur Stärkung der Finanzkontrolle, zu Mehrkostenforderungen bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand (Claim Management) und über Offene Posten teil. Er erläuterte an Hand der Verflechtung der Finanzströme die Notwendigkeit einer einheitlichen, den Bund, die Länder und Gemeinden umfassenden Finanzkontrolle, die Stärkung der Kontrollhoheit der Landtage in Bezug auf Gemeinden und öffentliche Unternehmungen und die Abstimmung der Prüfungstätigkeit mit dem Landesrechnungshof.

Kärnten

Im Zeitraum 2006/07 legte der Rechnungshof dem Kärntner Landtag insgesamt sieben Berichte mit acht Berichtsbeiträgen, generelle Empfehlungen zu Öffentlichen Förderungen, Mehrkostenforderungen bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand (Claim Management), zur Stärkung der Finanzkontrolle, Beiträge zu Stationären Versorgungskapazitäten der Kärntner Fondskrankenanstalten, Maßnahmen der Verwaltungsreform der Stadt Klagenfurt, zum System des Förderungswesens, zum Abfallwirtschaftskonzept des Landes und zu Einkaufszentren vor.

Ferner wurden der Allgemeine Einkommensbericht nach dem Bezügebegrenzungsgesetz für die Jahre 2004 und 2005 sowie der EU-Finanzbericht 2007 vorgelegt.

Behandlung in Ausschuss und Landtag

Im Jahr 2006 wurden zwei Berichte im zuständigen Ausschuss und im Kärntner Landtag behandelt, im Jahr 2007 bereits drei Berichte. Auch in Kärnten belasten wachsende Ausgaben im Bereich der Krankenanstalten den Landeshaushalt. Der Rechnungshof wies daher darauf hin, dass diese durch eine Optimierung der stationären Versorgung mittel- bis langfristig um bis zu 125 Mill. EUR jährlich eingedämmt werden können.

Am 27. April 2007 nahm Präsident Dr. Josef Moser an einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Präsidenten des Kärntner Landtages, Josef Lobnig, und dem Direktor des Landesrechnungshofes, DI Dr. Heinrich Reithofer, zu Fragen der Finanzkontrolle teil.

Kontrollenquete des Kärntner Landtags



Bei der Kontrollenquete des Kärntner Landtags.

Im Rahmen der Enquete zum Thema „Öffentliche Kontrolle im Spannungsfeld der Interessen“ am 27. Juni 2007 wurden sowohl die Themen der Verfassungsreform auf Bundesebene als auch Möglichkeiten zur Erweiterung der Kontrolle auf Landesebene besprochen. Dabei ging es um eine verstärkte Einbindung des Rechnungshofes und des Landesrechnungshofes in die Behandlung ihrer Berichte im Landtag, so insbesondere um Rederechte des Rechnungshofpräsidenten und des Landesrechnungshofdirektors im Ausschuss und im Plenum.

Die Teilnehmer der Kontrollenquete sprachen sich überwiegend dafür aus, Gemeinden unter 20.000 Einwohnern, Unternehmen bereits ab einer öffentlichen Beteiligung von 25 % in die Rechnungshofkontrolle einzubeziehen und Maßnahmen zur Verbesserung des Kontrollklimas im Kärntner Landtag in Angriff zu nehmen.

Niederösterreich

Im Berichtszeitraum legte der Rechnungshof dem Niederösterreichischen Landtag insgesamt 13 Berichte mit 18 Berichtsbeiträgen vor, fünf Berichte mit elf Beiträgen im Jahr 2006 und im ersten Halbjahr 2007 acht Berichte mit sieben Beiträgen, den Allgemeinen Einkommensbericht nach dem Bezügebegrenzungsgesetz für die Jahre 2004 und 2005 sowie den EU-Finanzbericht.

Neben den Beiträgen zu Öffentlichen Förderungen, Mehrkostenforderungen bei der Abwicklung von Bauvorhaben der öffentlichen Hand (Claim Management) und zur Stärkung der Finanzkontrolle informieren die Berichte unter anderem über die Kontrolle der Schwerfahrzeuge, die Nationalpark Donau-Auen GmbH, das Abfallwirtschaftskonzept des Landes, die Reform der Beamtenpensionssysteme des Bundes sowie der Länder Burgenland, Niederösterreich und Salzburg, ferner über die Prüfungen bei den Städten Amstetten, Krems und St. Pölten, beim Gemeindeverband Hauptschulgemeinde Gmünd, beim Abwasserverband Mariazellerland sowie über die Stichprobenprüfung beim Sanitätsgemeindeverband Guntersdorf.

Behandlung in Ausschuss und Landtag

Im Jahr 2006 wurden sechs Berichte im zuständigen Ausschuss und sechs im Niederösterreichischen Landtag behandelt. Im ersten Halbjahr 2007 wurden

bereits sieben Berichte im Ausschuss und vier Berichte im Landtag behandelt.

Oberösterreich

Im Berichtszeitraum legte der Rechnungshof dem Oberösterreichischen Landtag insgesamt neun Berichte mit elf Berichtsbeiträgen vor, davon fünf Berichte mit sieben Berichtsbeiträgen im Jahr 2006 und vier Berichte mit vier Beiträgen 2007, ferner den Einkommensbericht nach dem Bezügebegrenzungs-gesetz für die Jahre 2004 und 2005 sowie den EU-Finanzbericht.

In Oberösterreich informierte der Rechnungshof über Öffentliche Förderungen, Mehrkostenforderungen bei der Abwicklung von Bauvorhaben der öffentlichen Hand (Claim Management) und die Anliegen zur Stärkung der Finanzkontrolle, weiters über die Immobilienbewirtschaftung, das Abfallwirtschaftskonzept des Landes, die Linz Service GmbH – Geschäftsbereich Hafen, die Planung der A7 Mühlkreis Autobahn im Bereich Bindermichl, über Kinderbetreuung und Einkaufszentren sowie über die Stichprobenprüfung bei der Veranstaltungsservice Traun GmbH.

Behandlung in Ausschuss und Landtag

Im Jahr 2006 wurden vier Berichte im Kontrollausschuss und vier im Oberösterreichischen Landtag behandelt. Im ersten Halbjahr 2007 wurden bereits vier Berichte im Ausschuss und im Landtag behandelt.

Am 29. März 2007 nahm der Präsident des Rechnungshofes an der Sitzung des Kontrollausschusses mit einer aktuellen Aussprache zu Fragen der Stärkung der Finanzkontrolle teil. Ferner wurden die Berichte Planung der A7 Mühlkreis Autobahn im Bereich Bindermichl, Kinderbetreuung, Einkaufszentren sowie der Allgemeine Einkommensbericht intensiv beraten, wobei der Beitrag der Berichte des Rechnungshofes zur politischen Entscheidungsfindung betont und die Sachkompetenz der Prüferinnen und Prüfer ausdrücklich anerkannt wurden.

Anregungen des Rechnungshofes sind in das neue Kinderbetreuungsgesetz eingeflossen. In Bezug auf die A7 Mühlkreis Autobahn hat der Rechnungshof mit seinem Vorschlag zur Aufteilung der entstanden Mehrkosten in Höhe von 42,45 Mill. EUR auf die Gebietskörperschaften zur Bereinigung der Probleme beigetragen.

Salzburg

Der Salzburger Landtag erhielt acht Berichte mit acht Beiträgen, davon im Jahr 2006 drei Berichte mit drei Beiträgen und im ersten Halbjahr 2007 fünf Berichte mit fünf Beiträgen, den Allgemeinen Einkommensbericht nach dem

Bezügebegrenzungsgesetz für die Jahre 2004 und 2005 sowie den EU-Finanzbericht.

Die Berichte informieren über Öffentliche Förderungen, Mehrkostenforderungen bei der Abwicklung von Bauvorhaben der öffentlichen Hand (Claim Management), die Anliegen zur Stärkung der Finanzkontrolle, sowie über Themen der Abfallwirtschaft, Kinderbetreuung, Einkaufszentren, ferner über die Reform der Beamtenpensionssysteme des Bundes sowie der Länder Burgenland, Niederösterreich und Salzburg sowie über die Prüfungen beim Salzburger Landestheater und der Allgemeinen Krankenhäuser Zell am See und Mittersill.

Behandlung in Ausschuss und Landtag

Im Jahr 2006 wurden zwei Berichte im Finanzüberwachungsausschuss und im Salzburger Landtag behandelt. Im ersten Halbjahr 2007 wurden fünf Berichte im Ausschuss und drei im Landtag behandelt. Bei fünf Beratungen war der Rechnungshof vertreten, wobei sich die Abgeordneten unter anderem über die möglichen Einsparungen aus der vom Rechnungshof empfohlenen verstärkten Kooperation der Krankenhäuser Zell am See und Mittersill in Höhe von 2,9 Mill. EUR informierten.



Foto: © Franz Neumayr
Landespressedienst Salzburg

Landtagspräsident Johann Holztrattner und Rechnungshofpräsident Josef Moser bei der gemeinsamen Pressekonferenz.

Am 28. Februar 2007 referierte der Präsident des Rechnungshofes in einer aktuellen Aussprache über die Stärkung der Finanzkontrolle.

Der Präsident des Salzburger Landtages, Johann Holztrattner, und der Präsident des Rechnungshofes gaben eine gemeinsame Pressekonferenz, an der auch der Direktor des Salzburger Landesrechnungshofes, Dr. Manfred Müller, teilnahm.

Steiermark

2006/07 legte der Rechnungshof dem Landtag Steiermark insgesamt 13 Berichte mit 16 Beiträgen vor, davon sechs Berichte mit neun Beiträgen im Jahr 2006 und sieben Berichte mit sieben Beiträgen im ersten Halbjahr 2007, den Allgemeinen Einkommensbericht nach dem Bezügebegrenzungsgesetz für die Jahre 2004 und 2005 sowie den EU-Finanzbericht.

Behandlung in Ausschuss und Landtag

Im Jahr 2006 wurden fünf Berichte im Ausschuss und im Landtag Steiermark behandelt. Im ersten Halbjahr 2007 folgten acht Berichte im Ausschuss und sieben Berichte im Landtag. Bei elf Ausschussberatungen informierte der

Rechnungshof über Öffentliche Förderungen, Mehrkostenforderungen bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand (Claim Management), ausgewählte Themen der Abfallwirtschaft, die Umweltsituation im Dreiländereck Österreich-Ungarn-Slowenien betreffend die Südoststeiermark, die Umwelt-, Jugend- und Kinderanwaltschaft, Sondergebühren und Arzthonorare am Landeskrankenhaus Graz-Universitätsklinikum, über das Krankenhaus der Elisabethinen, über Einkaufszentren, ferner die Stadtplanung und Stadtentwicklung in Graz sowie über Follow-up Prüfungen bei der Energie Steiermark AG und beim Messe Center Graz. Allein aus einer vom Rechnungshof aufgezeigten Nachzahlung an die KAGES resultierten 1,7 Mill. EUR. Das Messe Center Graz redimensionierte ein Investitionsvorhaben, und auch die wirtschaftliche Entwicklung der Energie Steiermark AG verlief nach den Rechnungshofprüfungen günstig.

Den Verbandsversammlungen vorgelegt wurden die Berichte über die beiden Abwasserverbände Mariazellerland und Spielberg-Flatschach.

Prüfer des Rechnungshofes standen mehrmals als Sachverständige dem Untersuchungsausschuss für Auskünfte zu den Berichten betreffend Bauvorhaben Landeskrankenhaus Graz West, Reihe Steiermark 2004/7, und Landeskrankenhaus-Universitätsklinikum Graz: Projekt LKH 2000, Reihe Steiermark 2005/1, zur Verfügung.



© Landespressedienst Steiermark

Landtagspräsident Siegfried Schrittwieser und Rechnungshofpräsident Josef Moser betonen die gute Zusammenarbeit.

Am 6. Februar 2007 referierte der Präsident des Rechnungshofes in einer aktuellen Aussprache im Kontrollausschuss über die Anliegen zur Stärkung der Finanzkontrolle. In einer gemeinsamen Pressekonferenz wandten sich der Präsident des Landtages Steiermark, Siegfried Schrittwieser, der Direktor des Landesrechnungshofes Steiermark, Dr. Johannes Andrieu, und der Präsident des Rechnungshofes an die Öffentlichkeit.

Tenor der Gespräche in der Steiermark war die traditionell gute Kooperation zwischen dem Rechnungshof und dem Landesrechnungshof, die seit rund 25 Jahren unter

Bedachtnahme auf ihre jeweiligen Stärken erfolgreich zusammenarbeiten. So bringt der Rechnungshof seine Gesamtsicht und Erfahrungen aus Ländervergleichen ein und der Landesrechnungshof seine Wissen um die Landesspezifika und seine raschere Verfügbarkeit an Ort und Stelle.

Tirol

Die sieben Berichte an den Tiroler Landtag umfassten elf Berichtsbeiträge, wobei 2006 vier Berichte mit sieben Beiträgen, im ersten Halbjahr 2007 drei Berichte mit vier Beiträgen, der Allgemeine Einkommensbericht nach dem Bezügebegrenzungsgesetz für die Jahre 2004 und 2005 sowie der EU-Finanzbericht vorgelegt wurden.

Behandlung in Ausschuss und Landtag

Im Jahr 2006 wurden drei Berichte im Finanzkontrollausschuss und im Landtag behandelt, im ersten Halbjahr 2007 vier Berichte im Ausschuss und zwei Berichte im Landtag. Bei sechs Beratungen informierte der Rechnungshof unter anderem über Öffentliche Förderungen, Mehrkostenforderungen bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand (Claim Management), Themen der Abfallwirtschaft, die Kontrolle der Schwerfahrzeuge, den Landesumweltanwalt, Kinder- und Jugendanwalt, die Stadtwärme Lienz Produktions- und Vertriebs-GmbH, die Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H., die Verbund Austrian Power Trading AG, das Universitätsklinikum Innsbruck in Bezug auf Sondergebühren und Arzthonorare, das Krankenhaus St. Vinzenz in Zams und das Bezirkskrankenhaus Kufstein.

Die Anregungen des Rechnungshofes flossen in die im September 2006 kundgemachte Novelle zum Tiroler Krankenanstaltengesetz ein, wonach nunmehr der Hausanteil auf 20 % verdoppelt wurde, mindestens 45 % der Arzthonorare den nachgeordneten Ärzten zukommt und die Verrechnung bei der TILAK eingerichtet ist.

In einer Aktuellen Aussprache des Finanzkontrollausschusses am 7. März 2007 diskutierten der Präsident des Landtages, die Landtagsabgeordneten, der Landesrechnungshofdirektor und der Präsident des Rechnungshofes die Anliegen zur Stärkung der Finanzkontrolle. Im Vorfeld fanden informelle Gespräche zu aktuellen Themen der Finanzkontrolle mit dem Landeshauptmann und Mitgliedern der Landesregierung statt.



*Landtagspräsident Helmut Mader und
Rechnungshofpräsident Josef Moser.*

© Landespressdienst Tirol

Vorarlberg

Der Rechnungshof übermittelte dem Vorarlberger Landtag im Jahr 2006 drei Berichte mit vier Beiträgen, im ersten Halbjahr 2007 drei Berichte mit zwei Beiträgen, den Allgemeinen Einkommensbericht nach dem Bezügebegrenzungsgesetz für die Jahre 2004 und 2005 sowie den EU-Finanzbericht.

Behandlung in Ausschuss und Landtag

Im Jahr 2006 wurden zwei Berichte abschließend behandelt, im ersten Halbjahr 2007 bereits drei Berichte im Kontrollausschuss und zwei Berichte im Landtag, wobei der Präsident des Rechnungshofes den Mitgliedern des Landtages bzw. der Landesregierung anlässlich der Beratungen über Öffentlichen Förderungen, das Landeskrankenhaus Hohenems und die Interne Revision im

Amt der Vorarlberger Landesregierung am 20. September 2006 sowie zu Mehrkostenforderungen bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand (Claim Management) und zur Stärkung der Finanzkontrolle am 2. Mai 2007 für Auskünfte und informelle Gespräche zur Verfügung stand. Zu den Ausschussberatungen betreffend die Bregenzer Festspiele GmbH und die Festspiel und Kongresshaus GmbH, Themen der Abfallwirtschaft und den EU-Finanzbericht entsandte er Vertreter/innen.

Wien

Dem Wiener Gemeinderat legte der Rechnungshof insgesamt sieben Berichte mit zwölf Beiträgen vor, 2006 vier Berichte mit neun Beiträgen, im ersten Halbjahr 2007 drei Berichte mit drei Beiträgen, den Einkommensbericht nach dem Bezügebegrenzungs-gesetz für die Jahre 2004 und 2005 sowie den EU-Finanzbericht.

Behandlung in Ausschuss und Gemeinderat

Im Jahr 2006 wurden drei Berichte im zuständigen Ausschuss und drei Berichte im Wiener Gemeinderat behandelt. Im ersten Halbjahr 2007 wurden zwei Berichte im Ausschuss behandelt.

Der Präsident des Rechnungshofes informierte den Wiener Gemeinderat am 15. Dezember 2006 über die Tätigkeit des Rechnungshofes; hierbei standen generelle Empfehlungen zu Öffentlichen Förderungen sowie Prüfungsfeststellungen und Empfehlungen betreffend die Nationalpark Donau-Auen GmbH, die Kunsthalle Wien, die Wien Energie Bundesforste Biomasse Kraftwerk GmbH, die Lehrpersonalplanung, das Parkraummanagement und die Parkraumbewirtschaftung sowie die Verbund Austrian Power Trading im Mittelpunkt. Ferner erläuterte der Präsident des Rechnungshofes im Gemeinderat die Anliegen der Finanzkontrolle. Zu den Beratungen entsandte er Prüferinnen und Prüfer.



*Mitglieder des Wiener Kontrollausschusses
im Rechnungshof*

Am 26. April 2007 informierte der Präsident des Rechnungshofes Mitglieder des Wiener Kontrollausschusses über aktuelle Entwicklungen der Finanzkontrolle im europäischen und internationalen Kontext sowie über die Anliegen zur Stärkung der Finanzkontrolle.

In der Diskussion ging es insbesondere um die an die Kontrolle gestellten Erwartungen, die Prüfmöglichkeiten des Rechnungshofes und um die gute Zusammenarbeit mit dem Kontrollamt der Stadt Wien.

RECHNUNGSHOF UND ANDERE KONTROLLEINRICHTUNGEN

Der Rechnungshof hat sich als unabhängiges Organ der externen öffentlichen Finanzkontrolle für Bund, Länder und Gemeinden klar positioniert. Mit dem Ziel, die Effizienz und Effektivität der Kontrolle im öffentlichen Bereich zu steigern, arbeitet er mit anderen internen und externen Kontrolleinrichtungen im In- und Ausland als Partner in einem weltweiten Netzwerk der Finanzkontrolle intensiv zusammen, so dem Europäischen Rechnungshof, den Landesrechnungshöfen und dem Kontrollamt der Stadt Wien, den Kontrollämtern und Stadtrechnungshöfen und den internen Revisionen.

Landeskontrolleinrichtungen

Vereinbarungen stellen dabei sicher, dass theoretisch mögliche Doppelprüfungen, die sich aus den teilweise gleichgelagerten Prüfungszuständigkeiten ergeben könnten, ausgeschlossen sind und die Kontrolleinrichtungen gemäß ihren jeweiligen Stärken tätig werden und einander ergänzen. So zeichnen sich Landesrechnungshöfe und Kontrollämter durch ihre Nähe zur überprüften Stelle und ihre Vertrautheit mit örtlichen Gegebenheiten und Problemstellungen aus. Der Rechnungshof bringt demgegenüber seine internationale Erfahrung, seine bundesweiten Prüfungskompetenzen und vergleichende Prüfungen ein, die wegen der Verbundenheit der Finanzwirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden unverzichtbar sind, wie wachsende Ausgaben und gemischte Finanzierungen im Gesundheits- und Sozialbereich illustrieren.

Diese Vernetzung der Kontrollorgane ist im Hinblick auf die Verbundenheit der öffentlichen Haushalte und der gesamtstaatlichen Budgetverantwortung eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren der öffentlichen Finanzkontrolle in Österreich und in der EU.

Die vereinbarte Abstimmung der Prüfungsprogramme erfolgt vornehmlich bei den Tagungen der Leiter der Landeskontrolleinrichtungen, an der traditionell auch der Präsident des Rechnungshofes teilnimmt, so am 27./28. November 2006 in Linz und am 21./22. Mai 2007 in Innsbruck, wo nicht nur die Zusammenarbeit bekräftigt, sondern auch die Strategie des Rechnungshofes als Bund-Länder-Organ präsentiert wurde.



Der Landtagspräsident mit Teilnehmern der Tagung im Mai 2007 im Landhaus Innsbruck.

Auch im europäischen und internationalen Kontext erfordern gemischte Finanzierungen, gemeinsame Institutionen sowie die gegebene Verbundenheit der öffentlichen Mittel eine gesamthafte Sicht und eine einheitliche externe Finanzkontrolle, die nicht durch Abgrenzung, sondern durch Vernetzung und Zusammenarbeit erreicht werden kann, wie sie der österreichische Rechnungshof z.B. bei den Begleitprüfungen zu Prüfungen des Europäischen Rechnungshofs, bei der Prüfung internationaler Organisationen oder durch koordinierte Prüfungen mit anderen Obersten Rechnungskontrollbehörden etwa im Finanz-, Umwelt- und Infrastrukturbereich vornimmt.

Interne Revision

Im Unterschied zur externen Finanzkontrolle kann die Interne Revision durch ihre ständige Präsenz auch begleitend kontrollieren und Revisionsaufgaben gegen Misswirtschaft und Korruption übernehmen.

Der Rechnungshof setzt sich auch für eine Stärkung der Internen Revision ein, mit der er an Ort und Stelle zusammenarbeitet und sich auch außerhalb von Prüfungen, z.B. im Rahmen von Wissensgemeinschaften sowie im Bereich der Aus- und Weiterbildung, austauscht. So ist der Rechnungshof regelmäßig bei den Tagungen der Internen Revision vertreten.

In seiner Funktion als Generalsekretär der INTOSAI nahm der Präsident des Rechnungshofes an der Jahreskonferenz des Institute of Internal Auditors teil, die unter dem Motto „Get into the Flow“ stand und die gemeinsamen Ziele der internen und externen Kontrolle, die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches sowie die gemeinsame Entwicklung von Richtlinien und Methoden hervorhob.

Im Zeichen der Kooperation zwischen der INTOSAI und dem Institut für Interne Revision (IIA) mit weltweit mehr als 130.000 Mitgliedern aus dem privaten und staatlichen Sektor nahm Präsident Dr. Josef Moser das für die INTOSAI vom Vorsitzenden des Komitees für Fachliche Normen (PSC), dem dänischen Rechnungshofpräsidenten Henrik Otbo, und vom Präsidenten des IIA, Dave Richards, unterzeichnete Memorandum of Understanding entgegen. Das Memorandum hebt die Interaktion zwischen interner und externer Prüfung ebenso hervor wie die gemeinsamen Prüfungsstandards. Gelebt wird diese Kooperation im INTOSAI-Unterkomitee für Interne Kontrolle ebenso wie im Beobachterstatus des IIA beim INTOSAI-Komitee für Fachliche Normen.

INTERNATIONALE AKTIVITÄTEN DES RECHNUNGSHOFES

Die Herausforderungen durch die Mitgliedschaft Österreichs bei der Europäischen Union, die damit ebenfalls verbundene Verflechtung der Finanzströme sowie die Globalisierung machen vor Grenzen nicht Halt. Der Rechnungshof nimmt als Generalsekretariat der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) eine führende Rolle bei der Weiterentwicklung der öffentlichen Finanzkontrolle ein. Er agiert auf bilateraler, europäischer und internationaler Ebene vernetzt und arbeitet mit den Kontrolleinrichtungen anderer Staaten zusammen.

Dabei setzt er folgende internationale Aktivitäten:

- Kooperationen mit anderen Rechnungshöfen im Rahmen von koordinierten Prüfungen;
- Beiträge zu aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene zu Fragen der Prüfung der Gebarung mit EU-Mitteln;
- Aktivitäten der INTOSAI, Dachorganisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden, mit Sitz des Generalsekretariats in Wien.

Kooperationen mit anderen Rechnungshöfen

Der Rechnungshof pflegt seit Jahren den unmittelbaren fachlichen Erfahrungsaustausch mit Rechnungshöfen anderer Staaten, vornehmlich der Nachbarstaaten und der Staaten des mittel-ost-europäischen Raumes; er bietet Fortbildungsveranstaltungen an, fördert den fachlichen Wissenstransfer und vernetzt sich mit diesen Institutionen. Ausgehend von der Position Österreichs als Nettozahler in der EU ist der Rechnungshof insbesondere an einer Stärkung der externen öffentlichen Finanzkontrolle in den neuen Mitgliedstaaten der EU interessiert.

So fand im Mai 2007 ein Expertentreffen mit Vertreterinnen und Vertretern des slowakischen Rechnungshofes am Sitz des Rechnungshofes statt, bei dem Vertreter des Rechnungshofes über die verfassungsrechtlich gewährleistete Unabhängigkeit, die Stellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie den Prüfungsplanungsprozess des österreichischen Rechnungshofes referierten und so den slowakischen Kollegen Anregungen und Hinweise für die Erneuerung ihrer rechtlichen Grundlagen mit dem Ziel gaben, ihre unabhängige Stellung zu stärken und ihre Infrastruktur auszubauen.



Das Arbeitstreffen mit Vertreterinnen und Vertretern des slowakischen Rechnungshofes.

Die Präsidenten der Rechnungshöfe der Visegrad-Staaten (Polen, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn) sowie die Präsidenten des slowenischen und des österreichischen Rechnungshofes trafen einander am 26. und 27. Oktober 2006 in Visegrad, Ungarn. Dabei ging es insbesondere um die Verbesserung der externen Prüfung des EU-Finanzmanagements und um das Kompetenzzentrum für öffentliche Finanzkontrolle mit Standort Wien.

Internationale Kontakte

Die Kompetenz und die Wertschätzung des Rechnungshofes zeigen sich an der Vielzahl von internationalen Dossiers (im Berichtszeitraum mehr als 700 Fälle). Ferner belegen 106 themenbezogene Anfragen ausländischer Rechnungshöfe sowie der Besuch von 70 internationalen Veranstaltungen den regen internationalen Wissens- und Erfahrungsaustausch etwa im Hinblick auf die Weiterentwicklung von internationalen Prüfungsstandards der Finanzkontrolle.

Mitarbeiter des Rechnungshofes sind etwa in den INTOSAI-Arbeitsgruppen bzw. Komitees für IT-Prüfung, Umweltprüfung, interne Kontrolle und Privatisierung vertreten, bringen dort ihr Know-how ein und profitieren vom internationalen Erfahrungsaustausch.



Der Präsident der Rechnungskontrollbehörde des Oman begrüßt den Vertreter des Rechnungshofes.

Im IT-Komitee werden jährlich die Erfahrungen zur Prüfung von EDV-Systemen ausgetauscht, so zuletzt in Muscat, Oman. Dies ermöglicht in diesem schnelllebigen Bereich einerseits bestmögliche Prüfungen nach dem jeweils aktuellen Stand der Technik und stellt andererseits sicher, dass österreichische Stellen rechtzeitig auf Fehler aufmerksam werden, die in anderen Ländern zu Problemen bei EDV-Projekten führten.

Im Rahmen des Know-how-Transfers zwischen den Rechnungshöfen nahm ein Vertreter des Rechnungshofes auf Einladung der Weltbank am Workshop on Internal Audit in Sarajewo, Bosnien-Herzegowina, teil.

Am „7th Global Forum on Reinventing Government“, das vom 26. bis 29. Juni 2007 auf Einladung der Vereinten Nationen in Wien stattfand, referierte der Präsident des Rechnungshofes über „Vertrauensbildung durch transparente Staatsführung und Zugang zu Informationen“.

	1. Halbjahr	
	2007	2006
Internationale Dossiers	254	471
Anzahl der internationalen Kontakte	13	34
Anfragen von anderen Rechnungshöfen	58	48
Teilnahme an Arbeitsgruppen	8	8

Der Rechnungshof ist in folgenden INTOSAI-Arbeitsgruppen vertreten:

- Unterkomitee für Interne Kontrolle
- Unterkomitee für die Unabhängigkeit der ORKB
- Unterkomitee Förderung von Best Practices und Qualitätssicherung durch freiwillige Peer Reviews
- Komitee für IT-Prüfungen
- Arbeitsgruppe Umweltprüfung
- Arbeitsgruppe Privatisierung
- Task Force für die Prüfung von internationalen Institutionen
- Task Force über die Rechenschaftspflicht und Prüfung von Katastrophenhilfe

Koordinierte Prüfungen

Eine besondere Form der Zusammenarbeit stellen aufeinander abgestimmte Prüfungen mit anderen Rechnungshöfen dar. Durch ihre grenzüberschreitende Thematik ermöglichen sie eine gesamthafte Betrachtungsweise und den Austausch von Erfahrungen und Know-how auf Prüfebene und erlauben dem Rechnungshof interessante Rückschlüsse für nationale Aufgaben.

Der Rechnungshof hat die Ergebnisse der gemeinsamen Prüfung mit Ungarn und Slowenien über die Umweltsituation im Dreiländereck Österreich-Ungarn-Slowenien im Jahr 2006 veröffentlicht. Für das Jahr 2007 sind koordinierte Prüfungen zur Umsetzung von Natura 2000 auf EU-Ebene, der Strukturfondsausgaben der EU im Hinblick auf die Beschäftigung, der verwaltungsinternen Kontrollsysteme von EU-Mitteln sowie eine EU-weite Prüfung über die Umsetzung des Kyoto-Zieles geplant.

Internationale Prüfungsmandate

Internationale Institutionen werden in der Regel durch die Beiträge aus dem Staatshaushalt der jeweiligen Mitgliedstaaten finanziert. Daher wirkt der Rechnungshof auch an der Überprüfung internationaler Institutionen mit. In diesem Sinne prüfte er das Europäische Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage in Reading, die Europäische Organisation für die Nutzung Meteor-

logischer Satelliten in Darmstadt, die Welthandelsorganisation in Genf, das Europäisches Zentrum für Kernforschung in Genf und die Europäische Audiovisuelle Informationsstelle in Straßburg.

Memorandum zwischen den Rechnungshöfen der Russischen Föderation und Österreichs



Unterzeichnung des Memorandums durch die Präsidenten der Rechnungshöfe der Russischen Föderation und von Österreich, Sergey Vadimovich Stepashin und Josef Moser.

Am 28. März 2007 unterzeichneten die Präsidenten der Rechnungshöfe von Österreich und der Russischen Föderation das bilaterale Memorandum über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen. Ziele des Abkommens sind der Erfahrungsaustausch zu verschiedenen Themen wie Stellung der Rechnungshöfe im Staatsgefüge, Kompetenzen, Personalausstattung und Berichterstattung, Prüferausbildung, Verhältnis der Rechnungshöfe zum Parlament, Prüfungsstandards und Prüfungsthemen sowie die Rolle der Rechnungshöfe bei der Korruptionsbekämpfung.

RECHNUNGSHOF UND EU

Die Republik Österreich als Mitglied der EU und Nettozahler hat ein vitales Interesse daran, dass die EU-Mittel, die durch die Mitgliedstaaten, also letztlich von deren Bürgerinnen und Bürgern aufgebracht werden, ordnungsgemäß verwaltet sowie wirtschaftlich verwendet werden.

Teilnahme an Prüfungen des Europäischen Rechnungshofes

Seit dem Beitritt Österreichs zur EU ist der Rechnungshof nationaler Partner des Europäischen Rechnungshofes und nimmt unter Wahrung seiner Unabhängigkeit an den Prüfungen teil, die der Europäische Rechnungshof in Österreich durchführt. Er berichtet darüber dem Nationalrat bzw. dem jeweiligen Landtag. Der Rechnungshof veröffentlichte im Berichtszeitraum fünf derartige Berichte, davon vier im Jahr 2006 und einen im ersten Halbjahr 2007.

Themen waren das interne Kontrollsystem bei der Erhebung des Bruttonationaleinkommens, die einheitliche Betriebsprämie, die Qualitätssicherungs- und Kontrollsysteme bezüglich der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und die Prüfung des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) – Zuverlässigkeitserklärung 2005.

Rechnungshof und EU-Ratspräsidentschaft

Im Zuge der Bemühungen von Europäischem Parlament, Rat der Europäischen Union, Europäischer Kommission und Europäischem Rechnungshof, das Management und die Kontrolle der EU-Mittel zu verbessern, hat der Rechnungshof aus eigener Initiative ein Positionspapier zur österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 erarbeitet und damit zur Sensibilisierung dieses Themas auf nationaler und internationaler Ebene beigetragen.

Zur Verbesserung der EU-Mittelkontrolle schlägt der Rechnungshof in diesem Positionspapier vor:

- Festlegung von gemeinsamen Grundsätzen und einheitlichen Standards für die verwaltungsinterne Kontrolle;
- Entwicklung einer gemeinsamen Methode, wie mit Risiken umzugehen ist;
- Austausch von Prüfungs- und Kontrollergebnissen nach Maßgabe der rechtlichen Möglichkeiten;
- Vereinfachung des EU-Regelungswerkes betreffend die Gebarung mit EU-Mitteln;
- Durchführung einer Bewertung der Folgekosten neuer EU-Verordnungen;



- Gründung eines Kompetenzzentrums für eine europaweit einheitliche Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der staatlichen Finanzkontrolle auf Universitätsniveau;
- Schließung von Kontrolllücken in Österreich: Einbeziehung der Direktförderungen der Europäischen Kommission, die unmittelbar österreichischen Empfängern – außerhalb öffentlicher Haushalte – zufließen.

Das Positionspapier wurde als Beitrag der externen öffentlichen Finanzkontrolle der Mitgliedstaaten zur Stärkung der EU-Finanzkontrolle unter der Bezeichnung EU-Ratspräsidentschaft Österreichs 2006, Positionen, Reihe 2006/1, veröffentlicht und ist auf der Website des Rechnungshofes unter www.rechnungshof.gv.at abrufbar.

Kontaktausschuss der Rechnungshöfe der Europäischen Union

Der einmal jährlich zusammentretende Kontaktausschuss dient als Forum für die partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Rechnungshöfe der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Rechnungshofes auf Ebene der Präsidenten und Präsidentinnen, der Stärkung seiner Mitglieder und der Verbesserung der externen öffentlichen Kontrolle und Rechenschaftspflicht in der EU.

Bei seiner letzten Sitzung im Dezember 2006 bekannte er sich in einer Resolution zu

- bi- und multilateralen koordinierten Prüfungen der Gebarung mit EU-Mitteln, unter anderem betreffend die diesbezüglichen internen Kontrollsysteme sowie
- zur Unterstützung der – vom österreichischen Rechnungshof erfolgreich eingebrachten – Idee, unter Bedachtnahme auf bestehende einschlägige Aktivitäten eine Wissensbasis für öffentliche Finanzkontrolle einzurichten, die ein Forum zur Vernetzung, zum Wissenstransfer, für Forschungsaktivitäten und zur Förderung eines gemeinsamen Verständnisses internationaler Berufsstandards bildet sowie der Fortbildung aller an einer Prüfung von öffentlichen Mitteln Beteiligten (europäische Ebene, Ebene der EU-Mitgliedstaaten, externe Finanzkontrolle und interne Kontrolle) dient.

EU-Finanzbericht

Mit Beginn der neuen Finanzperiode in der Europäischen Union erstellte der Rechnungshof erstmalig einen EU-Finanzbericht. Er analysierte die Einnahmen und Ausgaben der EU in der abgelaufenen Finanzperiode (2000–2006) und die Entwicklung der österreichischen Nettozahlerposition. Weiters wurde die Verwendung von EU-Mitteln in Österreich dargestellt und der Frage nach-

gegangen, inwieweit die österreichischen Förderprogramme die zur Verfügung stehenden EU-Mittel tatsächlich ausnützen konnten. Ein Ausblick auf die aktuelle Finanzperiode (2007–2013) ist ebenfalls enthalten. Der Bericht wurde auf der Grundlage von Daten des Europäischen Rechnungshofes und der Europäischen Kommission erstellt und im ersten Halbjahr 2007 dem Nationalrat und den Landtagen vorgelegt.

RECHNUNGSHOF UND INTOSAI

Die Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) mit 186 Mitgliedern in aller Welt bietet den Rechnungshöfen seit mehr als 50 Jahren einen institutionalisierten Rahmen für Wissenstransfer und Wissensvermehrung zur weltweiten Verbesserung der externen öffentlichen Finanzkontrolle, um damit Fachkompetenz, Ansehen und Einfluss der Rechnungshöfe in den jeweiligen Staaten zu steigern. Entsprechend dem Motto der INTOSAI „Experientia mutua omnibus prodest“ sind der Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern und die daraus gewonnenen Erkenntnisse Garant für die permanente Weiterentwicklung der staatlichen Finanzkontrolle.

Zusätzlich zum weltweiten Dachverband INTOSAI gibt es sieben Regionale Arbeitsgruppen, wie z.B. auf europäischer Ebene die EUROSAI. Sie haben die Aufgabe, die Ziele der INTOSAI auf regionaler Ebene zu fördern und bieten den Mitgliedern ein Forum zur beruflichen und fachlichen Zusammenarbeit auf regionaler Ebene.

Generalsekretariat der INTOSAI am Sitz des Rechnungshofes in Wien

Im Jahr 1965 beschloss die INTOSAI, ein ständiges Generalsekretariat mit Sitz in Wien einzurichten. Der Präsident des österreichischen Rechnungshofes ist nach den Statuten Generalsekretär der INTOSAI und mit folgenden Aufgaben betraut:

- ständige Kontaktpflege unter den Mitgliedern;
- Unterstützung des Präsidiums, der Regionalen Arbeitsgruppen sowie der Komitees, Arbeitsgruppen und Task Forces der INTOSAI;
- Organisation von Seminaren und anderen Aktivitäten zur Förderung der Ziele der INTOSAI;
- Führung des Haushalts der INTOSAI.

Im Jahr 2006 wurde die Website der INTOSAI einem Relaunch unterzogen. Das Corporate Design der INTOSAI wurde dabei beibehalten, es ist auf den Relaunch der Website des Rechnungshofes abgestimmt.

Strategischer Plan und dessen Umsetzung

In Umsetzung der Strategie der INTOSAI, die beim XVIII. Kongress im Oktober 2004 in Budapest einstimmig verabschiedet wurde, wirkt der Rechnungshof nicht zuletzt in seiner Funktion als Generalsekretariat der INTOSAI bei der Umsetzung der vier strategischen Ziele mit:

- (1) Rechenschaftspflicht und fachliche Normen;

- (2) Institutioneller Ausbau von Sachkompetenzen;
- (3) Austausch von Wissen und Wissensmanagement;
- (4) INTOSAI - eine internationale Organisation mit „Vorbildcharakter“.

Tsunami-Initiative

Im Juni 2006 fand in Wien das „Symposium zur Stärkung der weltweiten Finanzkontrolle“ statt, bei dem hochrangige Vertreter internationaler Rechnungshöfe, der Politik und internationaler Organisationen über die Herausforderungen diskutierten, mit denen die externe öffentliche Finanzkontrolle im globalisierten Umfeld konfrontiert ist. Thema dieser Veranstaltung war die (auch grenzüberschreitende) Prüfung der für Katastrophen eingesetzten finanziellen Mittel am Beispiel der Tsunami-Hilfsgelder. Ein anhand von Fallstudien entwickelter Prüfpfad zur Vorgangsweise bei internationalen Katastrophen soll vor allem das Ziel verfolgen, die Mittelflüsse zwischen Gebern und Empfängern transparenter zu gestalten und den Informationsfluss zu gewährleisten. Dadurch sollen Verhaltensweisen für nationale Regierungen, internationale Institutionen und NGOs entwickelt werden, um das Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit der Katastrophenhilfe zu erhöhen. Diese Initiative, deren Ergebnis in der Wiener Erklärung publiziert wurde (Reihe Positionen 2006/2), hat national und international großen Anklang gefunden.

19. VN/INTOSAI-Symposium: „Wert und Nutzen der öffentlichen Finanzkontrolle in einem globalisierten Umfeld“

Im März 2007 veranstaltete die INTOSAI gemeinsam mit den Vereinten Nationen das Symposium über „Wert und Nutzen der öffentlichen Finanzkontrolle in einem globalisierten Umfeld“ am Sitz der Vereinten Nationen in Wien.

Ziel dieser bereits 19. gemeinsam mit den Vereinten Nationen durchgeführten Veranstaltung war es, Leistungsindikatoren und Kennzahlen für die Sichtbarmachung des Wertes und des Nutzens der Finanzkontrolle im Wege des Informations- und Erfahrungsaustausches zu entwickeln und so die Leistungen und Wirkungen der Rechnungshöfe besser messbar zu machen. Auch der österreichische Rechnungshof hat sich dieser Entwicklung gestellt und ein Leistungs- und Wirkungskennzahlensystem für den eigenen Verantwortungsbereich erarbeitet.

Aufbauend auf den Ergebnissen dieses Symposiums soll für die öffentliche Finanzkontrolle ein Kennzahlensystem entwickelt werden, das als Modell von allen Rechnungshöfen weltweit angewendet werden kann. Die Entwicklung

einer internationalen Richtlinie soll in einer eigens dafür eingerichteten Task Force bis zum Kongress der INTOSAI in Südafrika erfolgen.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 19. VN/INTOSAI-Symposium vor dem Gebäude der Vereinten Nationen in Wien am 28. März 2007

BERICHTERSTATTUNG 2006 UND ERSTES HALBJAHR 2007

Berichterstattung Bund

Im Jahr 2006 legte der Rechnungshof dem Nationalrat zwölf Berichte, den Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen gemäß Art. I § 8 Abs. 4 Bezügebegrenzungs-gesetz für die Jahre 2004 und 2005 und den Bundesrechnungsabschluss vor. Die Berichte enthielten 53 Beiträge.

Im ersten Halbjahr 2007 legte der Rechnungshof dem Nationalrat neun Berichte vor. Diese neun Berichte enthielten 25 Beiträge.

Beiträge	Bericht	Ausschuss	Plenum
- Reform der Beamtenpensionssysteme des Bundes sowie der Länder Burgenland, Niederösterreich und Salzburg	Bund 2007/9		
- Bundespolizeidirektion Schwechat; <i>Follow-up-Überprüfung</i>	Bund 2007/8		
- Luftqualität in der Steiermark			
- Fusion der Pensionsversicherungsanstalten der Arbeiter und Angestellten			
- Technische Universität Graz - Einsatz von Großgeräten; <i>Follow-up-Überprüfung</i>			
- EU-Finanzbericht 2007	Bund 2007/7		
- GIS Gebühren Info Service GmbH	Bund 2007/6		
- Ausgewählte Maßnahmen der indirekten Forschungsförderung			
- Bau- und Liegenschaftsverwaltung; <i>Follow-up-Überprüfung</i>			
- Arbeitnehmerveranlagung			
- Ausgewählte Themen der Abfallwirtschaft in Österreich			
- Kauf der EUROPPASS LKW-Mautsystem GmbH			
- Zulagen und Nebengebühren der Bundesbediensteten	Bund 2007/5		
- Geologische Bundesanstalt	Bund 2007/4		
- Landesschulrat für Salzburg: Ausgewählte Bereiche der Verwaltung	Band 4		
- Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft: Zuverlässigkeitserklärung 2004; <i>Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes</i>	<i>Wiedervorlage von Bund 2006/6</i>		
- Steweag-Steg GmbH	2006/7		
- Lehrerfortbildung	2006/8		
- Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik			
- Sicherheitsakademie			
- Beschaffung des Waffensystems Jagdpanzer Jaguar			
- Post- und Fernmeldebehörden			
- Kontrolle der Schwerfahrzeuge			
- Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger: Projekt Chipkarte (e-card)			
- WIEN ENERGIE - Bundesforste Biomasse Kraftwerk GmbH			
- Abfallwirtschaftskonzept im Land Tirol			
- Arbeitsmarktservice Wien			
- Nationalpark Donau-Auen GmbH	Bund 2007/4		
- Abfallwirtschaftskonzept im Land Burgenland	Band 3		
- Burghauptmannschaft Österreich - Erweiterung und Sanierung der Albertina; <i>Follow-up-Überprüfung</i>	<i>Wiedervorlage von Bund 2005/13</i>		

Beiträge	Bericht	Ausschuss	Plenum
<ul style="list-style-type: none"> - Ministerbüros - Allgemeines Krankenhaus der Stadt Wien - Finanzstrafbehörden erster Instanz bei den Hauptzollämtern - Erhebung der Umsatzsteuer; <i>Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes</i> - BUWOG – Bauen und Wohnen Gesellschaft mbH - Wohnungsanlagen Gesellschaft mbH - Österreichische Bundesfinanzierungsagentur - Steiermärkische Gebietskrankenkasse: IT-Projekt Melde-, Versicherungs- und Beitragswesen - Entminungs- und Entschärfungsdienst - Heeresbild- und Filmstelle - Auswirkungen des Gaswirtschaftsgesetzes auf die Austria Ferngas GmbH - Arbeitsmarktservice - Burghauptmannschaft Österreich - Bundesimmobiliengesellschaft mbH 	Bund 2007/4 Band 2 <i>Wiedervorlage von Bund 2003/4</i>		
<ul style="list-style-type: none"> - Humanitäre Hilfe und Wiederaufbauhilfe nach der Flutkatastrophe in Südostasien - Komponenten des Bruttonationaleinkommens (insbesondere Konsumausgaben des Staates); <i>Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes</i> - Österreichische Vertretungen in Belgrad, Budapest und Buenos Aires - Abfallwirtschaftskonzept im Land Oberösterreich - Umweltsituation im Dreiländereck Österreich-Ungarn-Slowenien 	Bund 2007/4 Band 1 <i>Wiedervorlage von Bund 2006/6</i> <i>2006/7</i> <i>2006/8</i>		
<ul style="list-style-type: none"> - Ausgewählte Supportprozesse (Präsidialreform) - Verkauf von Bundeswohnbaugesellschaften - Prozess der Umsetzung von EU-Recht - Entwicklung des ländlichen Raumes; Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete - Einheitliche Betriebsprämie; Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes - Brenner Eisenbahn GmbH; Projekt Unterinntaltrasse - A9 Pyhrnautobahn Inzersdorf – Schön 	Bund 2007/3		
<ul style="list-style-type: none"> - Einkaufszentren - Lehrpersonalplanung - Organisation und Wirksamkeit der Schulaufsicht-Universitäten für Musik und darstellende Kunst Wien und Graz; Universität Mozarteum Salzburg: Vorbereitungslehrgänge 	Bund 2007/2		
<ul style="list-style-type: none"> - Flüchtlingsbetreuung 	Bund 2007/1		
<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der öffentlichen Finanzkontrolle - Mehrkostenforderungen bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand - Qualitätssicherungs- und Kontrollsysteme bezüglich der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung; Zuverlässigkeitserklärung für das Haushaltsjahr 2005; <i>Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes</i> - Allgemeines Krankenhaus der Stadt Wien-Universitätskliniken, Landeskrankenhaus Graz-Universitätsklinikum, Landeskrankenhaus-Universitätskliniken Innsbruck, Sondergebühren und Arzthonorare - Allgemeines Krankenhaus der Stadt Wien-Universitätskliniken mit dem Schwerpunkt Klinisches Institut für Pathologie - E-Government im Bereich der Finanzverwaltung mit dem Schwerpunkt FinanzOnline 	Bund 2006/12	30.01.2007 (vertagt)	

Beiträge	Bericht	Ausschuss	Plenum
<ul style="list-style-type: none"> - Abfallwirtschaftskonzept im Land Kärnten - Abfallwirtschaftskonzept im Land Salzburg - Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft: Zuverlässigkeitserklärung für das Haushaltsjahr 2005; <i>Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes</i> - Infrastrukturbeiträge für die Privatbahnen - Budgetansatz „Förderungen an die Sonstige Wirtschaft“ <i>Follow-up-Überprüfung</i> - Burghauptmannschaft Österreich - Erweiterung und Sanierung der Albertina; <i>Follow-up-Überprüfung</i> 	Bund 2006/12 <i>(Fortsetzung)</i>		
<ul style="list-style-type: none"> - Internationale Einsätze im Rahmen der „Petersberg-Aufgaben“ - Luftraumüberwachungsflugzeuge: Bewertung und Dokumentation der Gegengeschäfte 	Bund 2006/11	14.12.2006 (vertagt)	
<ul style="list-style-type: none"> - Strategiefindung im Bereich der Biowissenschaften und Biotechnologie (Life Sciences) - GEN-AU-Programm im Bereich der Biowissenschaften und Biotechnologie - Bundesvergabeamt - Abfallwirtschaftskonzept im Land Niederösterreich - Verbund-Austrian Power Trading AG - Tierkennzeichnung und Tierdatenbanken - Bregenzer Festspiele GmbH - IT-Projekt Haushaltsverrechnung-NEU - Justizanstalt St. Pölten - Planung der A7 Mühlkreisautobahn im Bereich Bindermichl 	Bund 2006/10	14.12.2006 (vertagt)	
<ul style="list-style-type: none"> - Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes - Veterinärmedizinische Universität Wien - Österreichische Nationalbank; Pensionsvorsorge - IG Immobilien Invest GmbH - Aufgabenerfüllung durch den chef- und kontrollärztlichen Dienst der Krankenversicherungsträger 	Bund 2006/9		
<ul style="list-style-type: none"> - Umweltsituation im Dreiländereck Österreich-Ungarn-Slowenien 	Bund 2006/8		
<ul style="list-style-type: none"> - Komponenten des Bruttonationaleinkommens (insbesondere Konsumausgaben des Staates): <i>Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes</i> - Österreichische Vertretungen in Belgrad, Budapest und Buenos Aires - Abfallwirtschaftskonzept im Land Oberösterreich 	Bund 2006/7		
<ul style="list-style-type: none"> - Humanitäre Hilfe und Wiederaufbauhilfe nach der Flutkatastrophe in Südostasien 	Bund 2006/6		
<ul style="list-style-type: none"> - Kontrolle der Schwerfahrzeuge - Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger: Projekt Chipkarte (e-card) - WIEN ENERGIE Bundesforste Biomasse Kraftwerk GmbH - Abfallwirtschaftskonzept im Land Tirol - Arbeitsmarktservice Wien 	Bund 2006/5	04.07.2006 (vertagt)	
<ul style="list-style-type: none"> - Betrugsbekämpfung - Kontrolle der illegalen Arbeitnehmerbeschäftigung - Betrugsbekämpfung - Schnelle Eingreifgruppe - Energiebesteuerung in Österreich-Teilbetrieb Güterverkehr der ÖBB 	Bund 2006/4	04.07.2006	13.07.2006

Beiträge	Bericht	Ausschuss	Plenum
<ul style="list-style-type: none"> - Lehrerfortbildung - Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik - Sicherheitsakademie - Beschaffung des Waffensystems Jagdpanzer Jaguar - Post- und Fernmeldebehörden 	Bund 2006/3	05.04.2006 (vertagt)	
<ul style="list-style-type: none"> - Westbahn - Bauvorhaben Umfahrung Melk sowie Knoten Wagram - Eisenbahnprojekt Semmering-Basistunnel, Ausbau der Bestandsstrecke Semmering - Österreichische Bundesbahnen: externe Beratungsleistungen 	Bund 2006/2	04.07.2006	13.07.2006
<ul style="list-style-type: none"> - Geologische Bundesanstalt - Landesschulrat für Salzburg: Ausgewählte Bereiche der Verwaltung - Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft: Zuverlässigkeitserklärung 2004; <i>Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes</i> - Steweag-Steg GmbH 	Bund 2006/1	31.01.2006 (vertagt)	

Berichterstattung Länder und Gemeinden

Im Jahr 2006 legte der Rechnungshof den Landtagen 39 Berichte vor, an die Vertretungskörper von Städten, Gemeinden und Gemeindeverbänden insgesamt zehn Berichte. Die Berichte enthielten insgesamt 59 Beiträge.

Im ersten Halbjahr 2007 (bis 30. Juni 2007) legte der Rechnungshof den Landtagen insgesamt 40 Berichte vor, an die Vertretungskörper von Städten, Gemeinden und Gemeindeverbänden insgesamt neun Berichte. Diese Berichte enthielten 39 Beiträge.

Burgenland

Prüfungsthemen	Empfänger	Bericht	Ausschuss	Landtag
Reform der Beamtenpensionssysteme des Bundes sowie der Länder Burgenland, Niederösterreich und Salzburg Kinderbetreuung	Land Burgenland	Burgenland 2007/4		
EU-Finanzbericht 2007	Land Burgenland	Burgenland 2007/3	20.06.2007	05.07.2007
Ausgewählte Themen der Abfallwirtschaft in Österreich	Land Burgenland	Burgenland 2007/2	28.03.2007	05.07.2007
Stärkung der öffentlichen Finanzkontrolle Mehrkostenforderungen bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand	Land Burgenland	Burgenland 2007/1	28.03.2007	29.03.2007
Umweltsituation im Dreiländereck Österreich-Ungarn-Slowenien: Südburgenland	Land Burgenland	Burgenland 2006/4	03.05.2006	18.05.2006
HYPO-BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft und Landeshaushalt	Land Burgenland	Burgenland 2006/3	03.05.2006	18.05.2006
Österreichische Autobahnen- und Schnellstraßen-Gesellschaft m.b.H.: Planung der A6 Nordost Autobahn (Wiedervorlage)	Land Burgenland	Burgenland 2006/2	02.03.2006	16.03.2006
Abfallwirtschaftskonzept im Land Burgenland Tochterunternehmen des Burgenländischen Müllverbandes Öffentliche Förderungen				
Burgenländischer Müllverband: Tochterunternehmen	Vorlage an den Gemeindeverband	Burgenland 2006/1	02.03.2006	16.03.2006

Kärnten

Prüfungsthemen	Empfänger	Bericht	Ausschuss	Landtag
EU-Finanzbericht 2007	Land Kärnten	Kärnten 2007/3	26.06.2007	29.06.2007
Ausgewählte Themen der Abfallwirtschaft in Österreich	Land Kärnten	Kärnten 2007/2		
Stärkung der öffentlichen Finanzkontrolle Mehrkostenforderungen bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand Einkaufszentren	Land Kärnten	Kärnten 2007/1		
Abfallwirtschaftskonzept im Land Kärnten	Land Kärnten	Kärnten 2006/4	27.03.2007	12.04.2007

Prüfungsthemen	Empfänger	Bericht	Ausschuss	Landtag
System des Förderungswesens und ausgewählte Förderungsbereiche	Land Kärnten	Kärnten 2006/3	27.03.2007	12.04.2007
Landeshauptstadt Klagenfurt: Maßnahmen der Verwaltungsreform	Land Kärnten; Landeshauptstadt Klagenfurt	Kärnten 2006/2		
Stationäre Versorgungskapazitäten der Kärntner Fondskrankenanstalten Angliederungsverträge Öffentliche Förderungen	Land Kärnten	Kärnten 2006/1	30.05.2006	08.06.2006

Niederösterreich

Prüfungsthemen	Empfänger	Bericht	Ausschuss	Landtag
Reform der Beamtenpensionssysteme des Bundes sowie der Länder Burgenland, Niederösterreich und Salzburg	Land Niederösterreich	Niederösterreich 2007/8		
Sanitätsgemeindeverband Guntersdorf	Vorlage an die Verbandsversammlung; Land Niederösterreich	Niederösterreich 2007/7		
EU-Finanzbericht 2007	Land Niederösterreich	Niederösterreich 2007/6		
Ausgewählte Themen der Abfallwirtschaft in Österreich	Land Niederösterreich	Niederösterreich 2007/5		
Gemeindeverband Hauptschulgemeinde Gmünd	Vorlage an die Verbandsversammlung; Land Niederösterreich	Niederösterreich 2007/4		
Abwasserverband Mariazellerland	Vorlage an die Mitgliederversammlung; Land Niederösterreich	Niederösterreich 2007/3		
Stärkung der öffentlichen Finanzkontrolle Mehrkostenforderungen bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand	Land NÖ	Niederösterreich 2007/2		
Stiftung Bürgerspitalfonds Krems an der Donau	Gemeinderat Stadt Krems; Land Niederösterreich	Niederösterreich 2007/1		
Abfallwirtschaftskonzept des Landes Niederösterreich Verbund-Austrian Power Trading AG Landarbeitereigenheimförderung	Land Niederösterreich	Niederösterreich 2006/6	07.12.2006	25.01.2007
Stadt Krems, Teilgebiete der Gebarung	Gemeinderat Krems; Land Niederösterreich	Niederösterreich 2006/5	09.11.2006	25.01.2007
Stadtgemeinde Amstetten; Finanzielle Lage; Personal; Verwaltungsreform; Naturbad Amstetten	Gemeinderat Amstetten, Land NÖ	Niederösterreich 2006/4	28.09.2006	05.10.2006

Prüfungsthemen	Empfänger	Bericht	Ausschuss	Landtag
Kontrolle der Schwerfahrzeuge Europäischer Ausrichtungsfonds und Garantiefonds für die Landwirtschaft: Zuverlässigkeitserklärung 2004 (Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes)	Land Nieder- österreich	Nieder- österreich 2006/3	22.06.2006	05.10.2006
Öffentliche Förderungen ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH Nationalpark Donau-Auen GmbH Land Niederösterreich; Teilgebiete der Gebarung, Wohnbauförderung St. Pölten – Teilgebiete der Gebarung: Personal, Informationstechnologie	Land Nieder- österreich	Nieder- österreich 2006/2	19.01.2006	26.01.2006
St. Pölten – Teilgebiete der Gebarung: Personal, Organisation, Informationstechnologie	Landeshauptstadt St. Pölten	Nieder- österreich 2006/1	19.01.2006	26.01.2006

Oberösterreich

Prüfungsthemen	Empfänger	Bericht	Ausschuss	Landtag
EU-Finanzbericht 2007	Land Oberösterreich	Ober- österreich 2007/4		
Ausgewählte Themen der Abfallwirtschaft in Österreich	Land Oberösterreich	Ober- österreich 2007/3		
Stärkung der öffentlichen Finanzkontrolle Mehrkostenforderungen bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand Einkaufszentren	Land Oberösterreich	Ober- österreich 2007/2	29.03.2007	19.04.2007
„VEST“ Veranstaltungsservice Traun GmbH	Gemeinderat Stadt Traun; Land Oberösterreich	Ober- österreich 2007/1	29.03.2007	19.04.2007
Kinderbetreuung	Land Oberösterreich	Ober- österreich 2006/5	29.03.2007	19.04.2007
Linz: Planung der A7 Mühlkreis Autobahn im Bereich Bindermichl	Land Oberösterreich, Landeshauptstadt Linz	Ober- österreich 2006/4	29.03.2007	19.04.2007
LINZ SERVICE GmbH für Infrastruktur und Kommu- nale Dienste - Geschäftsbereich Hafen MANAGEMENTSERVICE LINZ GmbH Österreichische Donaulager GmbH	Land Oberösterreich, Landeshauptstadt Linz	Ober- österreich 2006/3	28.09.2006	05.10.2006
Abfallwirtschaftskonzept im Land Oberösterreich	Land Oberösterreich	Ober- österreich 2006/2	28.09.2006	05.10.2006
Öffentliche Förderungen Immobilienbewirtschaftung	Land Oberösterreich	Ober- österreich 2006/1	29.06.2006	06.07.2006

Salzburg

Prüfungsthemen	Empfänger	Bericht	Ausschuss	Landtag
Reform der Beamtenpensionssysteme des Bundes sowie der Länder Burgenland, Niederösterreich und Salzburg	Land Salzburg	Salzburg 2007/5		
EU-Finanzbericht 2007	Land Salzburg	Salzburg 2007/4	20.06.2007	04.07.2007
Ausgewählte Themen der Abfallwirtschaft in Österreich	Land Salzburg	Salzburg 2007/3	20.06.2007	04.07.2007
Mehrkostenforderungen bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand Einkaufszentren	Land Salzburg	Salzburg 2007/2	09.05.2007	23.05.2007
Stärkung der öffentlichen Finanzkontrolle Kinderbetreuung	Land Salzburg	Salzburg 2007/1	21.03.2007	18.04.2007
Abfallwirtschaftskonzept im Land Salzburg	Land Salzburg	Salzburg 2006/3	28.02.2007	14.03.2007
Allgemeine öffentliche Krankenhäuser Zell am See und Mittersill	Land Salzburg	Salzburg 2006/2	08.11.2006	13.12.2006
Salzburger Landestheater Öffentliche Förderungen	Land Salzburg, Landeshauptstadt Salzburg	Salzburg 2006/1	22.02.2006	05.07.06

Steiermark

Prüfungsthemen	Empfänger	Bericht	Ausschuss	Landtag
Luftqualität in der Steiermark	Land Steiermark	Steiermark 2007/7		
EU-Finanzbericht 2007	Land Steiermark	Steiermark 2007/6		
Ausgewählte Themen der Abfallwirtschaft	Land Steiermark	Steiermark 2007/5	25.06.2007	03.07.2007
Abwasserverband Spielberg-Flatschach	Vorlage an die Mitgliederversammlung, Land Steiermark	Steiermark 2007/4	05.06.2007	12.06.2007
Abwasserverband Mariazellerland	Vorlage an die Mitgliederversammlung, Land Steiermark	Steiermark 2007/3	05.06.2007	12.06.2007
Stärkung der öffentlichen Finanzkontrolle Mehrkostenforderungen bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand Einkaufszentren	Land Steiermark	Steiermark 2007/2	17.04.2007	12.06.2007
Graz: Messe Center Graz; Follow-up-Überprüfung	Landeshauptstadt Graz, Land Steiermark	Steiermark 2007/1	05.06.2007	12.06.2007
Allgemeines Krankenhaus der Stadt Wien-Universitätskliniken, Landeskrankenhaus Graz-Universitätsklinikum, Landeskrankenhaus-Universitätskliniken Innsbruck, Sondergebühren und Arzthonorare	Land Steiermark	Steiermark 2006/6	06.02.2007	13.02.2007
Krankenhaus der Elisabethinen in Graz	Land Steiermark	Steiermark 2006/5	09.01.2007	16.01.2007

Prüfungsthemen	Empfänger	Bericht	Ausschuss	Landtag
Follow-up-Überprüfung Energie Steiermark AG Reiteralm Bergbahnen; Verkauf der Landesbeteiligung an Gesellschaften Stadtwärme Lienz Produktions- und Vertriebs-GmbH	Land Steiermark	Steiermark 2006/4	09.01.2007	16.01.2007
Umweltanwalt sowie Kinder- und Jugendanwaltschaft Umweltsituation im Dreiländereck Österreich-Ungarn-Slowenien: Südoststeiermark	Land Steiermark	Steiermark 2006/3	27.06.2006	04.07.2006
Graz: Stadtplanung und Stadtentwicklung sowie Verlängerung der Straßenbahnlinien 6 und 4	Land Steiermark, Landeshauptstadt Graz	Steiermark 2006/2	28.03.2006	04.04.2006
Öffentliche Förderungen Steweag-Steg GmbH	Land Steiermark	Steiermark 2006/1	28.03.2006	04.04.2006

Tirol

Prüfungsthemen	Empfänger	Bericht	Ausschuss	Landtag
EU-Finanzbericht 2007	Land Tirol	Tirol 2007/3	20.06.2007	
Ausgewählte Themen der Abfallwirtschaft in Österreich Landesumweltanwalt; Kinder- und Jugendanwalt	Land Tirol	Tirol 2007/2	20.06.2007	
Stärkung der öffentlichen Finanzkontrolle Mehrkostenforderungen bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand Hypo-Banken-Holding Gesellschaft m.b.H.	Land Tirol	Tirol 2007/1	07.03.2007	21.03.2007
Allgemeines Krankenhaus der Stadt Wien-Universitätskliniken, Landeskrankenhaus Graz-Universitätsklinikum, Landeskrankenhaus-Universitätskliniken Innsbruck, Sondergebühren und Arzthonore	Land Tirol	Tirol 2006/4	24.01.2007	07.02.2007
Österreichische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft; VERBUND-Austrian Power Trading AG	Land Tirol	Tirol 2006/3	29.11.2006	14.12.2006
Kontrolle der Schwerfahrzeuge Stadtwärme Lienz Produktions- und Vertriebs-GmbH Abfallwirtschaftskonzept im Land Tirol;	Land Tirol	Tirol 2006/2	27.09.2006	12.10.2006
Öffentliche Förderungen Krankenhaus St. Vinzenz in Zams Bezirkskrankenhaus Kufstein	Land Tirol	Tirol 2006/1	08.03.2006	22.03.2006

Vorarlberg

Prüfungsthemen	Empfänger	Bericht	Ausschuss	Landtag
EU-Finanzbericht 2007	Land Vorarlberg	Vorarlberg 2007/3	20.06.2007	
Ausgewählte Themen der Abfallwirtschaft in Österreich	Land Vorarlberg	Vorarlberg 2007/2	20.06.2007	
Stärkung der öffentlichen Finanzkontrolle Mehrkostenforderungen bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand	Land Vorarlberg	Vorarlberg 2007/1	02.05.2007	09.05.2007
Bregenzer Festspiele GmbH Bregenzer Festspiel- und Kongresshaus GmbH	Land Vorarlberg, Landeshauptstadt Bregenz	Vorarlberg 2006/3	17.01.2007	31.01.2007

Prüfungsthemen	Empfänger	Bericht	Ausschuss	Landtag
Interne Revision im Amt der Vorarlberger Landesregierung - Abteilung Gebarungskontrolle (IIIc)	Land Vorarlberg	Vorarlberg 2006/2	20.09.2006	04.10.2006
Öffentliche Förderungen Landeskrankenhaus Hohenems	Land Vorarlberg	Vorarlberg 2006/1	20.09.2006	04.10.2006

Wien

Prüfungsthemen	Empfänger	Bericht	Ausschuss	Landtag
EU-Finanzbericht 2007	Land Wien	Wien 2007/3		
Ausgewählte Themen der Abfallwirtschaft in Österreich	Land Wien	Wien 2007/2		
Stärkung der öffentlichen Finanzkontrolle Mehrkostenforderungen bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand Sanatorium Hera Wien	Gemeinderat Stadt Wien; Land Wien	Wien 2007/1	13.04.2007	
Prinz-Eugen-Studienstiftung der Stadt Wien Allgemeines Krankenhaus der Stadt Wien -Universitätskliniken mit dem Schwerpunkt Klinisches Institut für Pathologie Allgemeines Krankenhaus der Stadt Wien-Universitätskliniken, Landeskrankenhaus Graz-Universitätsklinikum, Landeskrankenhaus-Universitätskliniken Innsbruck, Sondergebühren und Arzthonorare	Land Wien	Wien 2006/4	13.02.2007 15.02.2007	
Lehrerpersonalplanung Österreichische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft; VERBUND-Austrian Power Trading AG ¹ Parkraummanagement und Parkraumbewirtschaftung WIEN ENERGIE Bundesforste Biomasse Kraftwerk GmbH	Land Wien	Wien 2006/3	29.11.2006 04.12.2006 ¹	15.12.2006
Öffentliche Förderungen Nationalpark Donau-Auen GmbH ¹ Kunsthalle Wien	Land Wien	Wien 2006/2	15.09.2006	15.12.2006
		Wien 2006/1	21.02.2006 ¹ 14.03.2006	15.12.2006

WISSENSBILANZ DES RECHNUNGSHOFES

Der Wert des Wissens als Leistungsindikator hat für die Darstellung von Wert und Nutzen von Institutionen und Organisationen eine wesentliche Bedeutung, die künftig noch weiter steigen wird.

Die Einrichtungen der externen Finanzkontrolle sind in einem besonderen Ausmaß wissensbasierte Organisationen, und speziell für sie ist es daher von grundlegender Bedeutung, ihre „intangiblen“ Eigenschaften und Werte in einer „Wissensbilanz“ darzustellen.

Bei „Wissen“ handelt es sich in weiten Bereichen um immaterielles Vermögen, das nur schwer bewertbar ist, aber vermehrt zum entscheidenden Faktor für den Erfolg einer Organisation wird. Diese schwere Bewertbarkeit zeigt sich z.B. in einer erheblichen Diskrepanz zwischen dem Markt- und dem Buchwert einer Organisation.

Bedeutend am „Wissen“ ist seine Zukunftsorientiertheit, die für mögliche Partner, zukünftige Mitarbeiter und potenzielle Kunden einen Wert darstellt. Eine besondere Herausforderung ist es daher, diesen Wert darzustellen. Zu diesem Zweck wurde die Wissensbilanz (intellectual capital statement) entwickelt. Sie stellt einerseits das intellektuelle Vermögen dar, dient aber andererseits auch der Beschreibung der Entwicklung dieses Potenzials. Das in der externen Finanzkontrolle gesammelte Wissen wird durch die Prüfungstätigkeit weiter ausgebaut und führt somit zu einer Wertsteigerung der Ressource „Wissen“. In der Wissensbilanz wird diese Steigerung der Kompetenz aufgrund der Prüfungserfahrungen abgebildet.

Der Rechnungshof verfolgt die Strategie der stetigen Steigerung und der Bilanzierung seines Wissens und weist damit als erster Rechnungshof sein Wissen gesondert aus. Er hat dazu ein Projekt ins Leben gerufen und auf Basis des Modells von Koch und Schneider, dem verbreitetsten Wissensbilanzmodell in Europa, seine erste Wissensbilanz erstellt. Dieses Modell versucht, eine Verbindung zwischen Wirtschaftlichkeitsparametern und nicht-finanziellen Parametern herzustellen, wie sie der Begriff „Wissensvermögen“ widerspiegelt, der aus den Termini „Wissen“ und „Vermögen“ zusammengesetzt ist.

Aufbau der Wissensbilanz

Die Wissensbilanz des Rechnungshofes ist integriert in seinen Leistungsbericht und basiert – wie bereits erwähnt – auf der methodischen Grundlage des in Europa am weitesten verbreiteten „österreichischen Wissensbilanzmodells“ nach Koch und Schneider. Dieses Modell hat zum Ziel, den Zusammenhang zwischen den finanziell bewerteten, den nicht finanziell quantifizierten und den qualitativ beschriebenen Größen darzustellen.

Der Aufbau der Wissensbilanz folgt einem logischen Ablauf von der strategischen Ausrichtung bis zur Umsetzung in Geschäftsprozessen mit folgenden Abschnitten:

- 1) Wissensziele als Teil der strategischen Ziele;
- 2) Wissensmanagement als Teil der Führung unter Mitwirkung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter;
- 3) Wissensvermögen als Wissenspotenzial des Rechnungshofes, aufgliedert in die als Standard anerkannten Kategorien Humanvermögen, Strukturvermögen und Beziehungsvermögen;
- 4) Geschäftsprozesse, von denen der bedeutendste Kernprozess, der Prüfungsprozess, exemplarisch dargestellt ist.

Der Zusammenhang mit den weiteren Teilen des Leistungsberichtes, in denen auch die in den Geschäftsprozessen erzeugten Leistungen und ausgelösten Wirkungen dargestellt sind, ergibt sich aus dem folgenden Schaubild:



Strategische Wissensziele

Die strategischen Wissensziele bauen auf dem Leitbild und den strategischen Grundlagen des Rechnungshofes auf. Sie stellen eine klare Ausrichtung des Wissens im Rechnungshof sicher und sollen die Bildung operativer und individueller Wissensziele nachvollziehbar ermöglichen.

Wissensziel „Vermittlung der Werte des Rechnungshofes“

Die Werte und das Selbstverständnis des Rechnungshofes sind in seinem Leitbild und in seiner Strategie festgeschrieben. In seiner täglichen Arbeit achtet der Rechnungshof darauf, dass seine Werte aus dem Leitbild und aus der Strategie gelebt werden: Er wahrt seine im Bundes-Verfassungsgesetz verankerte Unabhängigkeit, agiert objektiv, überparteilich und unbestechlich und erbringt qualitativ hochwertige, sachlich fundierte Leistungen. Dadurch entfaltet er seine Glaubwürdigkeit und Objektivität als unabhängige gemeinsame oberste externe öffentliche Finanzkontrolle von Bund, Ländern und Gemeinden. Er setzt sich für Chancengerechtigkeit und für Nachhaltigkeit ein.

Der Rechnungshof erstellt sein Prüfungsprogramm weitestgehend selbst, pflegt einen korrekten und fairen Umgang mit den überprüften Stellen, anerkennt ihre Leistungen und respektiert ihren Standpunkt. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vermitteln das in seinen Werten zum Ausdruck gebrachte Selbstverständnis des Rechnungshofes und beachten die für sie geltenden Unvereinbarkeitsregelungen sowie den Verhaltenskodex.

Wissensziel „Exzellenz in Prüfung und Beratung“

Der Rechnungshof ist anerkannt für seinen objektiven und tiefen Sachverstand. Seine Reputation hängt maßgeblich von seiner Kompetenz insbesondere in seiner Kernaufgabe, der Prüfung und Beratung, ab. Diese Kompetenz ist auf höchstem Niveau sicherzustellen und auszubauen.

Hiezu forciert der Rechnungshof vor allem die Aus- und Weiterbildung seiner Prüferinnen und Prüfer auf Universitätsniveau, das professionelle Management seines Wissens und die Weiterentwicklung von Standards und Methoden auf der Grundlage internationaler Richtlinien. Die Vorbildwirkung im eigenen Handeln und die Evaluierung seiner Leistungen und Wirkungen sollen bestmögliche Qualität sichern.

Wissensziel „Schaffung von Wert und Nutzen der Mittelverwendung“

Der Rechnungshof strebt den bestmöglichen Einsatz der öffentlichen Mittel an. Vor allem durch seine Prüfungs- und Beratungstätigkeit erbringt er einen Mehrwert für die Gesellschaft. Er stellt entscheidungsrelevante finanzielle Auswirkungen dar, zeigt konkurrierende Ziele des Mitteleinsatzes auf und schlägt Handlungsalternativen vor. Er bringt sein Wissen und seine Erfah-

rungen aktiv ein und wird damit zum Wegbereiter für Innovationen und Reformen.

Zur Erreichung dieses Zieles äußert der Rechnungshof sachlich fundierte, konstruktive Kritik, zeigt Verbesserungsmöglichkeiten auf und gibt überzeugende, zukunftsorientierte und umsetzbare Empfehlungen ab. Er richtet sein Augenmerk vorrangig auf die Behebung von Systemmängeln, auf Prävention und auf zukunftsorientierte, nachhaltige Wirkungen. Durch Querschnittsvergleiche liefert er Aussagen über beste bzw. gute Praktiken (Benchmarks).

Wissensziel „Vernetzung mit nationalen und internationalen Partnern“

Der Rechnungshof verstärkt die Vernetzung mit nationalen und internationalen Kontrolleinrichtungen und mit der Wissenschaft als Partner in einem Netzwerk der Finanzkontrolle. Mit dem Gewinn von Synergien durch die Zusammenarbeit steigert er die Effizienz und die Effektivität der Kontrolle im öffentlichen Bereich.

Dies erfolgt national durch die Abstimmung der Prüfungshandlungen mit den Landeskontrolleinrichtungen, den Kontrollämtern und den Internen Revisionen sowie durch die verstärkte Zusammenarbeit mit Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen. International sollen koordinierte Prüfungen den Wissens- und Erfahrungsaustausch intensivieren und Best-Practice-Vergleiche liefern.

Wissensmanagement

Im Bewusstsein der strategischen Bedeutung seines Wissens nimmt der Rechnungshof ein professionelles Wissensmanagement wahr.

Organisation

Wissensmanagement bedeutet für den Rechnungshof, in einem systematischen, vernetzten und umfassenden Ansatz hinsichtlich der Daten, der Informationen sowie des persönlichen (individuellen und organisationalen) Wissens das Vorhandene zu analysieren, zu ordnen und bereit zu halten, das Benötigte zu beschaffen, zu entwickeln und zu integrieren sowie das Verfügbare aufzubereiten, weiter zu geben und anzuwenden.

Der Rechnungshof versteht Wissensmanagement als einen interdisziplinären Teil der Führung (z.B. Strategie, Personal, Organisation, Infrastruktur, Wissensinstrumente, Unternehmenskultur), der unter Mitwirkung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelebt wird.

Als Motor für die Umsetzung wissensspezifischer Vorhaben und als Kompetenzzentrum für die Thematik Wissen ist seit 1. September 2001 die Abteilung Wissensmanagement eingerichtet.

Ebenen

Abgesehen vom individuellen Wissensmanagement der Angehörigen des Rechnungshofes bestehen drei Ebenen der Verantwortlichkeiten im Wissensmanagement:

- Alle Abteilungen des Rechnungshofes wirken als Kompetenzzentren für ihre in der Geschäftsverteilung festgelegte Themenverantwortlichkeit;
- Wissensgemeinschaften sind Foren des über die Abteilungen hinaus gehenden Kernwissens in bestimmten Wissensgebieten;
- die Abteilung Wissensmanagement organisiert das für den gesamten Rechnungshof relevante Kernwissen, wie z.B. Prüfungsstandards.

Säulen

Das Wissensmanagement des Rechnungshofes besteht aus drei wesentlichen Säulen auf der Grundlage einer kreativen Wissenskultur:

- 1) Das Management des Kernwissens basiert auf der Identifikation des Kernwissens, auf der Abgrenzung des erforderlichen Fachwissens, auf dem Management der Rechnungshof-Datenbasis und auf einer konsistenten Fachsprache.
- 2) Die Förderung des Wissensflusses und der Wissensgenerierung wird durch einen vernetzten Wissensaustausch erreicht. Wissensgemeinschaften können strategisch wichtige Teile des Wissens speichern, generieren, dynamisieren und innovieren.
- 3) Das Management des Wissens entlang dem Kernprozess, dem Prüfungsprozess, widmet sich besonders seiner Modellierung, Beschreibung und Qualitätssicherung sowie der Weiterentwicklung der Prüfungsmethodik. Der organisierte Wissensinput in den Prüfungsprozess trägt zur Produktoptimierung bei. Der Wissensoutput aus dem Prüfungsprozess wird für den Rechnungshof als intelligente und lernende Organisation nutzbar gemacht.

Eine Wissenskultur auf der Basis von Wertschätzung, Vertrauen, Konfliktlösungskompetenz, Kreativität und Innovationsfreudigkeit bereitet den Nährboden für die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Wissensträger.

Wissensvermögen

Das Wissensvermögen des Rechnungshofes umfasst Kenngrößen, die Rückschlüsse auf sein Wissenspotenzial ermöglichen.

Dem österreichischen Wissensbilanzmodell folgend, werden die nachstehenden drei Arten des Wissensvermögens unterschieden:

Humanvermögen

Im Humanvermögen werden die Daten zur Struktur der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie summarische Personaldaten mit einem Fokus auf die Qualifikation und auf die Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dargestellt und der Wissenstransfer von persönlichem Wissen (Wissenserwerb und Wissensweitergabe) aufgezeigt.

Strukturvermögen

Das Strukturvermögen gibt Auskunft über die Gliederung der Organisation, über die Kommunikation, die technische Infrastruktur und die Instrumentarien der Qualitätssicherung.

Beziehungsvermögen

Im Beziehungsvermögen zeigen sich die Intensität und die Qualität der Zusammenarbeit mit unseren Kunden und Partnern (überprüfte Stellen, allgemeine Vertretungskörper, Medien und Öffentlichkeit) sowie die Vernetzung mit den anderen Kontrolleinrichtungen und Wissenseinrichtungen.

Das folgende Beispiel veranschaulicht den Einsatz und die Steigerung des Wissensvermögens; es zeigt zudem, dass sich Wissen vermehrt, wenn man es teilt:

Ein/e Prüfer/in (Humanvermögen), die/der in Abstimmung mit der Internen Revision der überprüften Stelle (Beziehungsvermögen) und unter Nutzung der IT des Rechnungshofes (Strukturvermögen) eine Prüfung durchführt, kann dieses Wissen für weitere Prüfungen nützen und z.B. im Rahmen des MBA-Lehrganges oder in einer Wissensgemeinschaft mit anderen teilen. Sie/Er hat damit nicht nur ihr/sein persönliches Wissen erhöht, sondern die Wissensbilanz des Rechnungshofes nachhaltig verbessert (Nachhaltigkeit und Mehrwert).

	1. Halbjahr 2007	2006	2005
HUMANVERMÖGEN			
Personalstruktur			
Personalstand nach Köpfen	302	309	310
Personalstand nach Vollbeschäftigungsäquivalenten	281	283	282
Prüferanteil nach Vollbeschäftigungsäquivalenten	79,0 %	78,1 %	77,4 %
Durchschnittliches Lebensalter	46,3	46,3	45,8
Durchschnittliches Dienstalter	14,2	-	-
Akademikeranteil	65,8 %	65,1 %	64,6 %
davon Recht	42,7 %	42,2 %	42,9 %
davon Wirtschaft	37,4 %	38,2 %	37,6 %
davon Technik	14,0 %	13,0 %	12,9 %
davon Andere	5,9 %	6,5 %	6,5 %
Akademiker mit Mehrfachabschlüssen	15	15	15
Erfüllung der Beschäftigungspflicht für Behinderte	+7	+4	+3
Personalausgabenanteil an den Gesamtausgaben	-	78,4 %	76,5 %
Fluktuation			
Zugänge	5	11	7
Abgänge	8	15	7
Fluktuationsrate	0,7 %	1,4 %	1,4 %
Durchschnittliches Pensionsantrittsalter	61,2	62,1	63,6
Gender Mainstreaming			
Frauenanteil gesamt	41,4 %	41,1 %	41,0 %
Frauenanteil im Prüfungsdienst	31,1 %	29,8 %	29,6 %
Frauenanteil in Leitungsfunktionen	29,2 %	23,5 %	22,4 %
Wissenstransfer			
Aus- und Weiterbildungstage	1224	2057	1211
davon MBA-Lehrgang	280	420	137
davon IT-Schulungen	58	506	234
Aus- und Weiterbildungsquote	47,7 %	69,0 %	-
Aus- und Weiterbildungsausgaben in 1000 €	190,2	291,6	118,3
davon MBA-Lehrgang in 1000 €	120,3	121,3	-
davon IT-Schulungen in 1000 €	4,9	47,3	14,9
Veranstaltungen der Wissensgemeinschaften	7	10	4
Interne Teilnehmer an Wissensgemeinschaften	246	451	140
Externe Teilnehmer an Wissensgemeinschaften	116	46	34
Job-Rotation	10	19	18

Die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist der wesentliche Erfolgsfaktor des Rechnungshofes. Die Kernaufgabe Prüfung und Beratung wird von deren Wissen, einschließlich deren Erfahrungen und deren Know-how getragen. Ende Juni 2007 waren im Rechnungshof 302 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, 79,0 % davon im Prüfungsdienst. Die Personal-

ausgaben mit 78,4 % im Jahr 2006 sind der wesentliche Budgetposten im Rechnungshof.

Der Komplexität der Prüfungstätigkeit entsprechend ist der Akademikeranteil im Rechnungshof sehr hoch. 65,8 % der Prüferinnen und Prüfer haben zumindest einen Universitätsabschluss, 42,7 % davon haben das Studium der Rechtswissenschaften absolviert, 37,4 % ein Wirtschaftsstudium und 14 % ein Technikstudium, 15 Mitarbeiter haben mehrere Universitätsstudien absolviert. Die Fluktuationsrate von 1,4 % sowie das relativ hohe durchschnittliche Pensionsantrittsalter mit zuletzt 61,2 Jahren lassen auf ein gutes Arbeitsklima schließen.

Der Rechnungshof achtet in Umsetzung seines Frauenförderungsprogramms insbesondere auf Chancengerechtigkeit. Der Frauenanteil ist sowohl mit 41,4 % gesamt als auch mit 31,1 % im Prüfungsdienst und insbesondere mit 29,2 % in Führungspositionen jeweils steigend. Zwei der fünf Sektionsleitungen sind mit Frauen besetzt.

Der Rechnungshof kommt aber auch in besonderem Maße seiner sozialen Verantwortung nach. Die Beschäftigungspflicht nach dem Behinderteneinstellungsgesetz wird mit plus sieben deutlich übererfüllt.

Mit der zuletzt beschlossenen neuen Dienstzeitregelung soll die Flexibilisierung in der Arbeitszeitgestaltung erhöht und insbesondere auch die Möglichkeit geschaffen werden, auf Betreuungspflichten noch besser Rücksicht zu nehmen. Gleichzeitig bietet die Regelung den Vorteil, auf Arbeitsspitzen flexibel reagieren zu können.

Die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist dem Rechnungshof als Wissensorganisation ein besonderes Anliegen. Er investiert daher in besonderem Ausmaß in die Aus- und Weiterbildung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies zeigt sich deutlich in den nahezu verdoppelten Aus- und Weiterbildungstagen der letzten Jahre, in den steigenden Aus- und Weiterbildungsausgaben und einer Ausbildungsquote von 69 % im Jahr 2006. Dies ist insbesondere auf den für alle neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtend vorgesehenen Universitätslehrgang Professional MBA Public Auditing zurückzuführen. Dieser wird an der Executive Academy der Wirtschaftsuniversität Wien in Kooperation mit dem Rechnungshof angeboten und stellt eine spezifische Ausbildung für die öffentliche Finanzkontrolle auf Universitätsniveau sicher.

Der rechnungshofinterne Wissenstransfer erfolgt insbesondere durch die Veranstaltungen der Wissensgemeinschaften, durch gemeinsame Prüfungen mehrerer Abteilungen im Rahmen der neuen Organisation (Cluster) sowie durch Gastprüfungen und das interne Trainee-Programm.

Die Wissensgemeinschaften sind Foren des Rechnungshofes, die primär eingerichtet wurden, um den Wissenstransfer im Rechnungshof zu optimieren, den Wissenserwerb im Rechnungshof durch Vortragsveranstaltungen und

Diskussionen mit Experten aus der Wissenschaft zu fördern und flexibel auf aktuelle Themen zu reagieren. Im Jahr 2006 nahmen 451 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an insgesamt zehn Veranstaltungen teil, im ersten Halbjahr 2007 waren es bereits 246 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an sieben Veranstaltungen.

Darüber hinaus sollen die Wissensgemeinschaften des Rechnungshofes anlassbezogen auch für den Wissensaustausch mit anderen Kontrolleinrichtungen genützt werden und insbesondere Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Landeskontrolleinrichtungen offen stehen. So nahmen 2006 46 externe Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Veranstaltungen des Rechnungshofes teil, im ersten Halbjahr 2007 waren es 116.

	1. Halbjahr 2007	2006	2005
STRUKTURVERMÖGEN			
Organisationsstruktur			
Kerngeschäftsprozesse	5	5	5
Entscheidungsebenen	3	3	3
Abteilungen	35	35	35
Leitungsspanne	7,2	7,2	7,1
Kommunikationsstruktur			
Institutionalisierte Kommunikationsforen	9	9	9
Forum Sektionsleiterbesprechung	12	24	26
Forum Abteilungsleiterbesprechung	10	12	11
Forum Mitarbeiterveranstaltung	1	2	2
Kommunikationsplattformen	4	4	4
Plattform Intranet (Zugriffe)	28.123	-	-
Technische Infrastruktur			
IT-Applikationen	172	172	172
Verfügbarkeit des Datenservers	99,9 %	99,9 %	99,7 %
Bildschirmarbeitsplätze	292	292	292
davon mobil	203	203	203
IT-Ausgaben je Bildschirmarbeitsplatz (in €)	-	2.227	2.493
Qualitätssicherungsstruktur – Prüfungsprozess			
Verwendete Instrumente	14	14	14
Prüfungen durch die Interne Revision	1	3	2

Der Rechnungshof ist in fünf Sektionen mit je sieben Abteilungen gegliedert. Die Leitungsspanne beträgt 7,2. Die Kommunikation im Rechnungshof erfolgt im Rahmen von neun institutionalisierten Kommunikationsforen, zu denen insbesondere die wöchentlichen Besprechungen der Sektionsleiterinnen und Sektionsleiter mit dem Präsidenten, die sektionsinternen Besprechungen sowie insbesondere auch Mitarbeiterveranstaltungen und Mitarbeiterinformati-

onen zu spezifischen Themen zählen. Von den vier Kommunikationsplattformen sind vor allem das Intranet (28.123 Zugriffe im ersten Halbjahr 2007) und der Mailverkehr hervorzuheben.

Die IT-Ausstattung sowohl für die Einschau an Ort und Stelle als auch für die Arbeit im Rechnungshof ist eine besondere Herausforderung für die zuständige Abteilung. Die Verfügbarkeit des Datenservers ist mit 99,9 % äußerst hoch, die IT-Ausgaben von 2.227 EUR je Bildschirmarbeitsplatz im Jahr 2006 entsprechen den hohen technischen Anforderungen an die Qualität im Rahmen des Prüfungsdienstes. Zukunftsanforderungen ergeben sich insbesondere im Bereich der Verbesserung der Servicequalität.

Die Sicherung der Qualität unserer Leistungen stellt besondere Anforderungen dar. Dies erfolgt insbesondere durch Qualitätsstandards für alle Teilprozesse des Prüfungsprozesses sowie für die Sonderaufgaben des Rechnungshofes. Zu den verwendeten Instrumenten zur Sicherung der Qualität zählen z.B. die Meilensteingespräche des Prüfungsteams mit dem Auftraggeber, das Vieraugenprinzip, die Gewährleistung des Parteiengehörs und die Dokumentation. Besondere Qualitätssicherungsaufgaben erfüllt auch die Interne Revision des Rechnungshofes, die sich zuletzt insbesondere zum Thema Aktualität der Prüfungsberichte eingebracht hat.

	1. Halbjahr 2007	2006	2005
BEZIEHUNGSVERMÖGEN			
Kunden und Partner			
Allgemeine Vertretungskörper, für die der Rechnungshof tätig wird	34	34	34
Teilnahme an Verhandlungen von Allgemeinen Vertretungskörpern	28	18	16
Zur Kenntnis genommene Berichtsbeiträge	64	114	121
Prüfungsverlangen an den Rechnungshof	4	1	3
Parlamentarische Anfragen mit Rechnungshof-Bezug	14	28	1
Prüfungersuchen an den Rechnungshof	3	2	3
Überprüfbare Rechtsträger	4.162	4.083	3.998
Meldungen in Printmedien	1.903	6.639	6.246
Presseaussendungen	27	11	-
Pressekonferenzen	1	4	2
Interviews	5	10	-
Publikationen	2	5	-
Rechnungshof-Website (Zugriffe)	58.645	41.534	-
Nationale und Internationale Vernetzung			
Internationale Dossiers	254	471	-
Institutionalisierte Kontakte mit nationalen Kontrolleinrichtungen	7	7	7

	1. Halbjahr 2007	2006	2005
BEZIEHUNGSVERMÖGEN			
Institutionalisierte Kontakte mit anderen Wissenseinrichtungen	22	22	22
Betreute inländische Besucher	95	102	-
Besuchte nationale Tagungen	4	16	-
Betreute internationale Besucher	17	87	-
Besuchte internationale Veranstaltungen	28	42	
davon INTOSAI-Veranstaltungen	12	15	14
Internationale Kontakte	13	34	39
Anfragen von anderen ORKB	58	48	38
betreute INTOSAI Mitgliedsorganisationen	186	186	186
INTOSAI-Website (Zugriffe in Tausend)	2.056,2	1.852,6	-

Der Rechnungshof wird als föderatives Bund-Länder-Organ sowohl für den Nationalrat als auch für die Landtage und die Gemeinderäte tätig. In dieser Funktion hat der Rechnungshof im Berichtszeitraum 178 Berichtsbeiträge vorgelegt und an 46 Verhandlungen der allgemeinen Vertretungskörper teilgenommen.

Die Prüfungsleistungen des Rechnungshofes werden verstärkt nachgefragt. Im Berichtszeitraum wurde der Rechnungshof ersucht, insbesondere ASFINAG und BMVIT bezüglich des Kaufes der Gesellschaftsanteile an der Europass LKW-Maut System GmbH, die Am Hafen Garagenerrichtungs- und Betriebs-GmbH in Bregenz, die Kläranlage Graz-Gössendorf, die ASFINAG, das ÖBB Immobilienmanagement, die Krankenanstaltengesellschaften des Burgenlands bzw. der Steiermark (KRAGES und KAGES), den Umbau Neuer Platz in Klagenfurt, die ARC Seibersdorf GmbH sowie den vom Bundesminister für Landesverteidigung abgeschlossenen Vergleich und die damit verbundenen Vertragsänderungen mit der Eurofighter GmbH zu überprüfen.

Wesentlich für die Wirkung der Prüfungsleistung ist neben der von gegenseitiger Wertschätzung getragenen Zusammenarbeit mit den überprüften Stellen und den Allgemeinen Vertretungskörpern auch die Zusammenarbeit mit den Medien. Der Rechnungshof erachtet in diesem Sinne die Medien als wichtige Partner und sieht sie als Verbindung zur Öffentlichkeit. Rund 6.600 Nennungen in den Printmedien im Jahr 2006 und knapp 2.000 im ersten Halbjahr 2007 belegen diese Bedeutung.

Einen besonderen Stellenwert für die externe Kommunikation hat auch die Website des Rechnungshofes. Der Relaunch wurde Anfang 2007 erfolgreich abgeschlossen, das Informationsangebot wird derzeit ausgebaut, so beispielsweise durch die Kernaussagen des Rechnungshofes. Die Website des Rechnungshofes verzeichnete im Jahr 2006 41.534 Zugriffe, im ersten Halbjahr 2007 waren es bereits 58.645.

Der Rechnungshof sieht sich als Partner im Netzwerk der Finanzkontrolle. Er arbeitet daher sowohl mit den Landeskontrollenrichtungen, den Kontrollämtern und den internen Revisionen auf nationaler Ebene als auch mit Partnern auf internationaler Ebene (Europäischer Rechnungshof, nationale Rechnungshöfe, Vereinte Nationen, Weltbank, Institute of Internal Auditors) zusammen.

Im Rahmen der nationalen Vernetzung nimmt er traditionell zweimal jährlich am Treffen der Landesrechnungshofdirektoren sowie an der Kontrollämtertagung teil. Er lädt zu seinen Wissensgemeinschaften anlassbezogen auch Vertreter anderer Kontrollenrichtungen ein und forciert so den Erfahrungs- und Wissensaustausch unter den Partnern im Netzwerk der Finanzkontrolle. Vertreter des Rechnungshofes tragen bei Fortbildungsveranstaltungen anderer Kontrollenrichtungen vor, so auch beim Fachhochschullehrgang zum/zur Akademischen Rechnungshofprüfer/in der Fachhochschule des bfi Wien.

International betreut der Rechnungshof als Generalsekretariat der INTOSAI 186 Rechnungshöfe weltweit. 471 Fälle internationaler Dossiers 2006, davon rund die Hälfte im Generalsekretariat der INTOSAI, 254 im ersten Halbjahr 2007, 106 themenbezogene Anfragen ausländischer Rechnungshöfe im Berichtszeitraum sowie der Besuch von 42 internationalen Veranstaltungen 2006 und 28 im ersten Halbjahr 2007 belegen den regen internationalen Wissens- und Erfahrungsaustausch.

Hinzu kommen die internationalen Prüfungsmandate des Rechnungshofes derzeit beim Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage in Reading, der Europäischen Organisation für die Nutzung Meteorologischer Satelliten in Darmstadt, der Welthandelsorganisation in Genf, dem Europäischen Zentrum für Kernforschung in Genf und der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle in Straßburg. Zudem führt er koordinierte Prüfungen mit ausländischen Rechnungshöfen durch, so insbesondere mit Ungarn und Slowenien über die Umweltsituation im Dreiländereck Österreich-Ungarn-Slowenien (Bericht 2006/8). Für das Jahr 2007 sind koordinierte Prüfungen zur Umsetzung von Natura 2000 auf EU-Ebene, der Strukturfondsausgaben der EU im Hinblick auf die Beschäftigung, der verwaltungsinternen Kontrollsysteme sowie eine EU-weite Prüfung über die Umsetzung des Kyoto-Zieles geplant.

Geschäftsprozesse

Die Geschäftsprozesse des Rechnungshofes lassen sich in eine Vielzahl von Kern- und Fachprozessen untergliedern, viele davon sind wissensintensive Prozesse. Neben den Prozessen des Kerngeschäfts, der Prüfung und Beratung, zählen dazu auch die Prozesse zur Erstellung des Bundesrechnungsabschlusses, zur Einkommenserhebung oder – im internen Bereich – beispielsweise

die Prozesse zur Aus- und Weiterbildung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der strategisch bedeutendste Leistungsbereich des Rechnungshofes ist die Überprüfung der Gebarung, das ist die finanziell wirksame Tätigkeit der öffentlichen Hand.

Die Überprüfung der Gebarung findet in einem strukturierten Prozess statt, der sich in die Teilprozesse Prüfungsplanung, Prüfungsvorbereitung, Einschau an Ort und Stelle, Erstellung des Prüfungsergebnisses, Stellungnahmeverfahren, Berichterstattung und Nachbetreuung gliedert.

Unter Beachtung internationaler Standards sind für die Teilprozesse konkrete Qualitätsstandards festgelegt.

Das Prozessmodell und einige wesentliche Produkte aus dem Prüfungsprozess sind im nachstehenden Schaubild dargestellt:

Prüfungsprozess

Teilprozesse	Prozessschritte bzw. Produkte	
	intern	extern
Prüfungsplanung	Rechtsträgerdatenbank Prüfungsthemenevidenz Planungskonferenz Prüfungsprogramm	Abstimmung mit Landeskontrollenrichtungen
Prüfungsvorbereitung	Projektvereinbarung Kick-Off Umweltanalyse Prüfungskonzept	Prüfungsauftrag
Einschau an Ort und Stelle	Meilensteingespräch Ablaufdokumentation	Antrittsbesprechung Erhebungen Schlussinformation Schlussbesprechung
Erstellung des Prüfungsergebnisses	Prüfungsaussagen Meilensteingespräch Schlussredaktion Inhaltsdokumentation	Prüfungsergebnis Aufforderung zur Stellungnahme
Stellungnahme- verfahren		Gegenäußerung Schriftverkehr
Berichterstattung	Berichtsbeitrag Berichtsredaktion	Bericht Medienarbeit Behandlung in allgemeinen Vertretungskörpern
Nachbetreuung	Abschlussdokumentation Wissensweitergabe	Kernaussagen Nachverfolgung der Empfehlungen Erfolgsbilanz

Definition der Kenndaten

HUMANVERMÖGEN	
Kenndaten	Definition
Personalstruktur	
Personalstand nach Köpfen	Anzahl der Mitarbeiter/innen (besetzte Planstellen)
Personalstand nach Vollbeschäftigungsäquivalenten	Zur Verfügung stehende Mitarbeiterressourcen (unter Berücksichtigung von Karenzierungen, Dienstzuteilungen, etc.)
Prüferanteil nach Vollbeschäftigungsäquivalenten	Zur Verfügung stehende Mitarbeiterressourcen im Prüfungsdienst (in %)
Durchschnittliches Lebensalter	Durchschnittliches Lebensalter der Mitarbeiter/innen im Prüfungsdienst
Durchschnittliches Dienstalster	Durchschnittliche Beschäftigungsdauer der Mitarbeiter/innen im Prüfungsdienst
Akademikeranteil	Anteil der Mitarbeiter/innen mit Universitätsabschluss (ohne Berücksichtigung postgradualer Ausbildung) im Prüfungsdienst (in %)
davon Recht	davon Anteil der Absolvent/innen mit rechtswissenschaftlicher Studienrichtung (in %)
davon Wirtschaft	davon Anteil der Absolvent/innen mit wirtschaftswissenschaftlicher Studienrichtung (in %)
davon Technik	davon Anteil der Absolvent/innen mit technischer Studienrichtung (in %)
davon Andere	davon Anteil der Absolvent/innen anderer Studienrichtungen (in %)
Akademiker mit Mehrfachabschlüssen	Anzahl der Absolvent/innen mehrerer Studienrichtungen (ohne Berücksichtigung postgradualer Ausbildung)
Erfüllung der Beschäftigungspflicht für Behinderte	Anzahl der über dem Erfordernis laut Behinderteneinstellungsgesetz beschäftigten Behinderten
Personalausgabenanteil an den Gesamtausgaben	Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben (in %)
Fluktuation	
Zugänge	Neuaufnahmen
Abgänge	Personalabgänge
Fluktuationsrate	Anzahl der Abgänge (ohne Pensionierungen) im Verhältnis zum durchschnittlichen Personalstand (in %)
Durchschnittliches Pensionsantrittsalter	Durchschnittliches Antrittsalter der Alterspension
Gender Mainstreaming	
Frauenanteil gesamt	Anteil der Frauen am Personalstand (in %)
Frauenanteil im Prüfungsdienst	Anteil der Frauen am Personalstand im Prüfungsdienst (in %)
Frauenanteil in Leitungsfunktionen	Anteil der Frauen in leitenden Funktionen mit Personalverantwortung (in %)
Wissenstransfer	
Aus- und Weiterbildungstage	Anzahl der Aus- und Weiterbildungstage aller Mitarbeiter/innen
davon MBA-Lehrgang	davon Anzahl der Tage für die MBA-Ausbildung
davon IT-Schulungen	davon Anzahl der Tage für interne IT-Schulungen
Aus- und Weiterbildungsquote	Anzahl der Mitarbeiter/innen, die mindestens eine interne oder externe Weiterbildung absolviert haben in Bezug zum Personalstand (in %)

HUMANVERMÖGEN

Kenndaten	Definition
Aus- und Weiterbildungsausgaben in 1000 €	Ausgaben für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen
davon MBA-Lehrgang	davon Ausgaben für die MBA-Ausbildung
davon IT-Schulungen	davon Ausgaben für interne IT-Schulungen
Veranstaltungen der Wissensgemeinschaften	Anzahl der Veranstaltungen der Wissensgemeinschaften
Interne Teilnehmer an Wissensgemeinschaften	Anzahl der Teilnehmer/innen an den Veranstaltungen der Wissensgemeinschaften aus dem Personalstand des Rechnungshofes
Externe Teilnehmer an Wissensgemeinschaften	Anzahl der externen Teilnehmer/innen an den Veranstaltungen der Wissensgemeinschaften
Job-Rotation	Anzahl der begonnenen Gebarungsprüfungen, an denen Mitarbeiter/innen anderer Abteilungen mitgewirkt haben

STRUKTURVERMÖGEN

Kenndaten	Definition
Organisationsstruktur	
Kerngeschäftsprozesse	Anzahl der strategisch bedeutenden Geschäftsprozesse
Entscheidungsebenen	Anzahl der hierarchischen Entscheidungsebenen im Prüfungsprozess
Abteilungen	Anzahl der Abteilungen
Leitungsspanne	durchschnittliche Anzahl der dem(r) Leiter/in einer Abteilung unterstellten Mitarbeiter/innen
Kommunikationsstruktur	
Institutionalisierte Kommunikationsforen	Anzahl der institutionalisierten Foren außerhalb des Prüfungsprozesses, die zur Weitergabe von Informationen dienen
Forum Sektionsleiterbesprechung	Anzahl der Besprechungen von Präsident mit Sektionsleiter/innen
Forum Abteilungsleiterbesprechung	Anzahl der Besprechungen von Sektionsleiter/innen mit ihren Abteilungsleiter/innen
Forum Mitarbeiterveranstaltung	Anzahl der Informationsveranstaltungen für Mitarbeiter/innen
Kommunikationsplattformen	Anzahl der technischen Plattformen, die zur Weitergabe von Informationen dienen
Plattform Intranet (Zugriffe)	Anzahl der Zugriffe von Usern auf das Rechnungshof-Intranet
Technische Infrastruktur	
IT-Applikationen	Anzahl der verwendeten IT-Applikationen
Verfügbarkeit des Datenservers	Anteil der Zeit, in der der Rechnungshof-Datenserver störungsfrei zur Verfügung stand (in %)
Bildschirmarbeitsplätze	Anzahl der mit IT-Endgeräten ausgestatteten Arbeitsplätze
davon mobil	Anzahl der mit Laptop-Rechnern ausgestatteten Arbeitsplätze
IT-Ausgaben je Bildschirmarbeitsplatz (in €)	Durchschnittliche IT-Ausgaben je Bildschirmarbeitsplatz
Qualitätssicherungsstruktur - Prüfungsprozess	
Verwendete Instrumente	Anzahl der im Prüfungsprozess zur Qualitätssicherung verwendeten Instrumente
Prüfungen durch die Interne Revision	Anzahl der Prüfungen durch die Interne Revision

BEZIEHUNGSVERMÖGEN

Kenndaten	Definition
Kunden und Partner	hier: die überprüfbaren Stellen, die Allgemeinen Vertretungskörper, die Bundesregierung, die Landesregierungen, die Medien und die Öffentlichkeit
Allgemeine Vertretungskörper, für die der Rechnungshof tätig wird	Nationalrat, Landtage, Gemeindeversammlungen
Teilnahme an Verhandlungen von Allgemeinen Vertretungskörpern	Anzahl der Teilnahmen des Präsidenten bzw. von Rechnungshof-Mitarbeiter/innen an Verhandlungen von Allgemeinen Vertretungskörpern
Zur Kenntnis genommene Berichtsbeiträge	Summe der vom Nationalrat und von den Landtagen zur Kenntnis genommenen Berichtsbeiträge
Prüfungsverlangen an den Rechnungshof	Anzahl von Prüfungsverlangen Allgemeiner Vertretungskörper an den Rechnungshof
Parlamentarische Anfragen mit Rechnungshof-Bezug	Anzahl Parlamentarischer Anfragen mit Rechnungshof-Bezug
Prüfungersuchen an den Rechnungshof	Anzahl von Prüfungersuchen von Mitgliedern der Bundes- und der Landesregierungen
Überprüfbare Rechtsträger	Anzahl der Rechtsträger, die der Rechnungshof-Kontrolle unterliegen
Presseaussendungen	Anzahl der Presseaussendungen des Rechnungshofes
Pressekonferenzen	Anzahl der Pressekonferenzen des Rechnungshofes
Interviews	Anzahl der Interviews des Präsidenten
Publikationen	Anzahl der Publikationen ohne Prüfungsberichte
Zugriffe auf die Rechnungshof-Website	Anzahl der externen Zugriffe von Usern auf die Rechnungshof-Website
Nationale und Internationale Vernetzung	
Internationale Dossiers	Anzahl protokollierter Schriftstücke mit internationalem Schriftverkehr (RH und INTOSAI)
Institutionalisierte Kontakte mit nationalen Kontrolleinrichtungen	Anzahl der institutionalisierten Kontakte mit nationalen Kontrolleinrichtungen
Institutionalisierte Kontakte mit anderen Wissensseinrichtungen	Anzahl der Arten von Wissensseinrichtungen, mit denen regelmäßige Kontakte stattfanden
Betreute inländische Besucher	Anzahl der betreuten inländischen Besucher/innen
Besuchte nationale Tagungen	Anzahl der besuchten nationalen Tagungen
Betreute internationale Besucher	Anzahl der betreuten internationalen Besucher/innen
Besuchte internationale Veranstaltungen	Anzahl der besuchten internationalen Veranstaltungen
davon INTOSAI-Veranstaltungen	Anzahl der besuchten INTOSAI-Veranstaltungen im In- und Ausland
Internationale Kontakte	Anzahl der internationalen Kontakte (einschließlich EU-Kontaktausschüsse)
Anfragen von anderen ORKB	Anzahl der Anfragen von anderen ORKB
Betreute INTOSAI-Mitgliedsorganisationen	Anzahl der vom Generalsekretariat der INTOSAI betreuten Mitgliedsorganisationen
INTOSAI-Website (Zugriffe)	Anzahl der Zugriffe auf die INTOSAI-Website

Der Rechnungshof ersucht um Ihre Meinung zum Leistungsbericht

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rechnungshof (RH) dankt für die zahlreichen Reaktionen zu seinen ersten beiden Leistungsberichten, die er aus aller Welt erhalten hat. Sie haben ihn darin bestärkt, weitere Leistungsberichte vorzulegen. Um weiterhin bestmögliche Qualität zu bieten, bittet er um Ihr Feedback.

1. Welche Themen fanden Ihr Interesse?

Organisation und Personal

Leistungsbereiche

Berichterstattung

Zusammenarbeit des RH mit anderen Kontrolleinrichtungen

EU und Internationales

Wissensbilanz des RH

2. Wie beurteilen Sie den Leistungsbericht?

sehr

wenig

übersichtlich

aussagekräftig

informativ

interessant

3. Über welche Themen würden Sie gerne mehr lesen?

.....

4. Welche Verbesserungen am Leistungsbericht würden Sie sich wünschen?

.....

Bitte teilen Sie uns ein paar Angaben zu Ihrer Person mit:

Geschlecht:

weiblich männlich

Höchste abgeschlossene Schulbildung

Volksschule, Hauptschule, Berufsschule

Höhere Schule (Matura)

Fachhochschule

Universität

Alter:

bis 20 Jahre

21 bis 40 Jahre

41 bis 60 Jahre

über 61 Jahre

Interesse am RH als:

Politische(r) Mandatar/in

Vom RH (potenziell) Überprüfte(r)

Andere Kontrolleinrichtungen

Medienvertreter/in

Bürger/in

Sonstige(r)

